

## **DRINGLICHKEITSANTRÄGE**

### **1) Errichtung einer Fußgängerzone am Grazer Lendplatz auf der Fläche des Bauernmarkts**

GR. **Rajakovics** stellt namens von KPÖ und Grünen folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Rajakovics**: Im ersten dringlichen Antrag geht es um einen kleinen Bereich am Lendplatz und zwar um jenen Bereich, der sich zwischen der Markthalle und der Verlängerung der Volksgartenstraße befindet, das ist jener Bereich, auf der auch am Marktgebiet der Bauernmarkt stattfindet. Die drei Grazer Bezirke Lend, Gries und Jakomini sind jene Bezirke, mit einem starken Bevölkerungswachstum und einer erwiesenermaßen relativ geringen Ausstattung an Grün- und Freiflächen im Vergleich zur Dichte an Bevölkerung.

Daher, glaube ich, sollten wir gerade in diesen Bezirken jede Gelegenheit nutzen, um Platz für Menschen zu schaffen.

Konkret geht es um den Bereich des Bauernmarkts am Grazer Lendplatz, wo es im Moment Bestrebungen gibt diesen Bereich auf dem Am Nachmittag Autos parken, in eine Blaue Zone mit geregelten Parkflächen umzuwandeln. Ich weiß, dass viel darüber diskutiert wird, auch natürlich am Lendplatz, wie auf allen Plätzen verschiedene Interessen aufeinanderprallen. Ich glaube aber, dass es wichtig ist, gerade in diesem Bereich auch ein Zeichen zu setzen, wir haben dort vieles, sowohl Kanzleien, wir haben Hotel, wir haben dort vieles an Wohnbau in der Gegend und ich glaube, dass wir ein Fleckerl am Lendplatz durchaus noch nutzen können, um dort Begegnungsraum zu schaffen, wie immer gestaltet, das ist eine Sache, die man dann auch noch mit den Standlern selber, beziehungsweise mit den Unternehmen am Platz besprechen kann. Da könnte man sehr vieles an Nutzungsmöglichkeiten auf diesem kleinen Areal, zirka

um 14.00 Uhr sind die Bauern in der Regel weg, könnte man sich dort vorstellen und ich denke, dass es ein gutes Zeichen wäre, dort eine Freifläche zu errichten.

Ich habe diesen Antrag vorbereitet und bin sehr dankbar, dass sich die kommunistische Partei und auch die Grünen dem Antrag angeschlossen haben, also ich stelle den Antrag nicht nur im Namen der Grazer Volkspartei, sondern im Namen der Gemeinderatsklubs von ÖVP, KPÖ und Grünen.

Der zuständige Verkehrsstadtrat, Mag. Mario Eustacchio, wird ersucht, dem zuständigen Organ, in diesem Fall den Stadtsenat, einen Beschlussantrag über die Einrichtung einer Fußgängerzone am Grazer Lendplatz, auf der Fläche des Bauernmarkts, vorzulegen. Ich bitte um Unterstützung. Danke.

***Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen FPÖ) angenommen.***

GR. Ing. **Lohr** zum Antrag: Sehr geehrte Damen und Herren! Dringliche Abstimmung haben wir ja schon vollzogen, wir sehen eben keine Dringlichkeit, weil dieses Projekt noch offen ist. Ich stelle dann auch einen Abänderungsantrag. Uns Freiheitlichen geht es jetzt einmal darum, dass die Ämter einmal prüfen, was ist dort überhaupt möglich, wir wollen uns da noch nicht konkret auf eine Fußgängerzone festlegen. Es gibt ja da verschiedene Anrainer, Wirtschaftstreibende, die Interessen haben, es kommt zu verkehrstechnischen Auswirkungen, zu budgetären Auswirkungen. Daher sollte das aus unserer Sicht offen bleiben. Ich stelle den Abänderungsantrag gemäß § 21 der Geschäftsordnung. Der Gemeinderat wolle beschließen: Die zuständigen Stellen und Ämter der Stadt Graz werden beauftragt, sämtliche Nutzungsmöglichkeiten gegenständlicher Örtlichkeit hinsichtlich ihrer Notwendigkeit, ihrer Auswirkungen auf den Kfz-Verkehr und auch in Bezug auf den finanziell-budgetären Aspekt zu prüfen. Ein

diesbezüglicher Bericht möge dem Gemeinderat präsentiert werden, der darauf fußend eine Entscheidung zu treffen hat. Ich bitte um Annahme (*Applaus FPÖ*).

***Stadtrat Hohensinner, MBA übernimmt um 15.30 Uhr den Vorsitz.***

GR. **Pacanda:** Sehr geehrte Damen und Herren! Ein wichtiges Thema diese Platzgestaltung dort vor Ort. Es hat uns auch, muss ich sagen, der Abänderungsantrag der FPÖ auf eine Idee, auf eine weitere Idee gebracht und deswegen habe ich auch einen Abänderungsantrag formuliert, der prinzipiell in eine ähnliche Richtung geht und auch nicht wirklich von der Idee der ÖVP abweicht, dort eine neue Platzgestaltung zu machen. Vielleicht nur ein zusätzlicher Punkt drinnen. Auf die zusätzlichen Nutzungsvarianten möchte ich kurz eingehen, es gibt eben viel, also so, wie du vorher gesagt hast, man kann dort eine Fußgängerzone machen, Begegnungszonen, Spielplatz, also wir haben da auch gesagt, es kann ja wirklich viel entstehen, möglicherweise auch ein kleiner Sportplatz, also da ist viel Platz zur Verfügung, das möchten wir uns eben auch gerne anschauen. Eben wirklich sämtliche Nutzungsvarianten prüfen lassen, der Punkt, der uns beim Antrag der FPÖ dann in Summe eigentlich wirklich gefehlt hat ist, dass da kein Bürgerbeteiligungsprozess mit hineingedacht worden ist, deswegen haben wir noch einen Bürgerbeteiligungsprozess in unseren Abänderungsantrag drinnen, wo wir einfach den Prozess parallel öffnen, mit den Bürgerinnen und Bürgern, den Bewohnern, den Gewerbetreibenden dort vor Ort zusammen spricht und schaut, was man eben wirklich dort machen möchte, also was die Leute, die dort wohnen, machen möchten und was man natürlich dann seitens der Stadt machen kann. Der Antrag ist inhaltlich allen bekannt, deswegen lese ich ihn jetzt nicht noch einmal im Wortlaut genau vor. Aber das wäre unser

Abänderungsantrag und das dementsprechend, dann gemeinsam mit der Analyse der Varianten und den Bürgerinnen und Bürgern, dann eine Idee vorgeschlagen wird und dann dem Gemeinderat zur Abstimmung vorgelegt wird. Dankeschön.

GR.<sup>in</sup> **Katholnig**: Hoher Gemeinderat, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Besucher auf den Tribünen! Vorweg waren wir etwas verwundert über den Antrag, weil wir wissen, dass Bezirksvorsteher Krainer vor nicht allzu langer Zeit eine Blaue Zone dort gefordert hat. Ja, die ist abgewiesen worden mit der Begründung, von Fachleuten überprüft aber mit der Begründung, dass es dann, er wollte drei Stunden, dass es unterschiedliche Zonenzeiten geben würde und dass das nicht ein Service am Bürger ist. Jetzt auf einmal fordert Bezirksvorsteher Krainer eine eben dieses eigene Gebiet und das verstehen wir nicht ganz, vorher Zone, jetzt Fußgängerzone und darum wollen wir dem Abänderungsantrag von Herrn Pacanda zustimmen, das eben Bürgerbeteiligung stattfinden soll, das haben wir in den vorangegangenen Sitzungen beschlossen, dass uns das wichtig ist und möchten diesem Antrag zustimmen (*Applaus SPÖ*).

StR. Mag. (FH) **Eustacchio**: Meine sehr verehrten Damen und Herren im Stadtsenat, im Gemeinderat, auf der Zuschauergalerie! Nachdem es ja mich indirekt, direkt betrifft mit den Ämtern möchte ich vielleicht in diese für mich doch etwas skurrile Geschichte, ein bisschen einen anderen Blick bringen. Wir haben in dieser Stadt ein Gremium, das aus verschiedenen Ämtern besteht, das ist der sogenannte ARGE Parkraum. Der ARGE Parkraum beschäftigt sich ständig mit der Optimierung, Ausweitung oder Rücknahme von Blauen Zonen, Grünen Zonen und versucht hier eine Ordnung, in diese innerstädtische Parkraumbewirtschaftung zu bringen. Alle zwei Jahre wird evaluiert so

wie heuer, alle zwei Jahre werden dann die Themenstellungen mit der Wirtschaftskammer, mit den Wirtschaftstreibenden abgestimmt, wo Notwendigkeiten vorhanden sind, wo man hier vielleicht nachbessern muss und kann und natürlich werden die Bezirke eingeladen, die verschiedenen Bezirksvorsteher eingeladen, um die Evaluierung zu erfahren, beziehungsweise um im Vorfeld auch Ideen und Anliegen einzubringen die selbstverständlich auch berücksichtigt werden. Wir haben das heuer natürlich wieder getan und wir haben am 8.4. diese Sitzung gehabt im Grazer Parkraumservice, also in Räumlichkeiten und da waren die betroffenen Bezirke, beziehungsweise Bezirksvorsteher dieser betroffenen Bezirke dabei und ihnen wurden diese Evaluierungsvorschläge und Veränderungsvorschläge vorgebracht. Interessanterweise war der Herr Bezirksvorsteher Krainer auch anwesend und dem Herrn Bezirksvorsteher Krainer wurde mitgeteilt, dass am Lendplatz bisher eine nicht korrekte Situation vorherrscht im innerstädtischen Bereich, nämlich die Situation, dass nach dem Markt, nämlich nach 15.00 Uhr sozusagen und auch 14.00 Uhr, um 14.00 Uhr ist der Markt aus ein Wildwuchs an Park Inanspruchnahme von staten geht, das heißt, Leute haben dort einfach ihr Auto geparkt und dafür nichts gezahlt und sind dann eigentlich die nächsten Stunden dort gestanden. Immer wieder kam die Aufforderung an uns bitte löst das, weil die Wirtschaftstreibenden rundherum hätten gerne eine Lösung wie am Kaiser-Josef-Platz, am Kaiser-Josef-Platz ist die Parkraumbewirtschaftung Nachmittag ja auch gewährleistet und zwar nur für die Zeit, nämlich für eineinhalb Stunden, sodass ein regelmäßiger Abtausch, beziehungsweise eine Fluktuation stattfinden kann, dass die Leute nicht zu lange dort stehen, damit die Wirtschaftstreibenden eben ihre Kunden bedienen können, beziehungsweise die Zeit haben einzukaufen. Der Herr Krainer hat mir dort oder uns, anwesend waren Geschäftsführer Janezic, Dipl.-Ing. Kroissenbrunner, Dipl.-Ing. Ender Straßenamt, Dr. Pobatschnig, Mag. Nigl, also breit über die Stadt Graz vertretene Abteilungen, hat dort gesagt, der Herr Krainer, nein er möchte das bitte nicht, dass dort eine Zone kommt, weil das ist so wichtig für die Wirtschaftstreibenden, dass die Leute dort stehen können und sich nicht an eine Zeit binden müssen, das ist eine Forderung der Wirtschaft. Umso

überraschter war ich, aber ich auf einmal diesen Antrag bekomme mit der Argumentation, der Herr Krainer hätte jetzt gerne dort eine Fußgängerzone. Also jetzt kenne ich mich nicht mehr aus, was will der Herr Krainer jetzt? Möchte er jetzt was für die Wirtschaft dort tun, gibt es dort den Bedarf oder gibt es dort den Bedarf nicht. Nach unserem Ermessen, nach unseren Informationen und bitteschön, das ist ja keine politische Entscheidung von mir, das ist ja ein Amtsvorschlag, der dort gemacht worden ist und der gesagt hat, setzen wir das um. Machen wir eine Blaue Zone, machen wir es analog zum Kaiser-Josef-Platz, weil die Leute das wollen. Auf einmal machen wir es nicht mehr, auf einmal kommt eine Zone, eine Fußgängerzone, jetzt frage ich Sie, meine Damen und Herren, viele von Ihnen sind auf diesem Platz schon gewesen und gehen öfter dorthin. Wo haben wir denn dort einen Bedarf, dass dort wer herumflaniert, ich bitte Sie, das ist doch absurd. Gescheit ist es, ein Zone einzurichten, eine Blaue Zone, wo eineinhalb Stunden geparkt werden darf, danach wieder ein Abtausch erfolgt, dass dort die Geschäfte getätigt werden können, dass die Stadt Graz Einnahmen tätigt, es sind 30.000 bis 40.000 Euro pro Jahre, auf die wir sonst verzichten, die ja wieder direkt in den öffentlichen Verkehr fließen, das ist eine Lösung und das ist auch die Lösung, die vor allem die Standlbetreiber haben wollen, weil die haben nämlich derzeit die Situation, dass sie nicht zu- und abfahren können die Bauern, das könnten wir alles regeln, hier würden wir wie im restlichen Gebiet eine Ordnung hineinbringen und bitteschön, lassen sie es zu, verhindern Sie es nicht, das ist die Lösung, die wir im gesamten Stadtgebiet haben, ich bitte das nicht zu unterstützen. Danke (*Applaus FPÖ*).

***Bgm.-Stv.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> Dr.<sup>in</sup> Schröck übernimmt um 15.40 Uhr den Vorsitz.***

GR.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Taberhofer**: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Als KPÖ werden wir dem ursprünglich von der ÖVP, vom Herrn Kollegen Rajakovics, eingebrachten Antrag in der Form auch unterstützen. Jegliche Abänderungswünsche, die von den anderen Parteien kommen, zeigen natürlich die Vielfalt an unterschiedlichen Interessen, was die Nutzung oder die Möglichkeiten dieses Stück Lendplatzes anbelangt. Aus meiner Sicht soll das sehr wohl in diese Richtung genutzt werden können, dass entweder jüngere Menschen dort skateboarden, das man irgendwie dort vielleicht kleinere Veranstaltungen auch macht, dass man das einfach nutzen kann. Ich würde sagen, flanieren, das klingt jetzt so ohne Sinn und Zwecke und ohne Ziel, ich habe ganz andere Möglichkeiten auch noch, wie ich den nutzen kann, aber er soll irgendwie der Bevölkerung in der Form nutzbar gemacht werden nach Ende des Marktes. Und Verkehr, natürlich gibt es da andere Interessen auch, aber aus meiner Sicht ist das irgendwie ein wichtiger Schwerpunkt. Mich interessiert, abgesehen davon weniger, ob der Herr Bezirksvorsteher von der ÖVP einmal so sich geäußert hat und einmal so, weil ich denke, der, der es tatsächlich wissen möchte, ist eh der Kollege Rajakovics und ich finde, es ist eine sehr sinnvolle Initiative und deshalb werden wir in der Form dem auch voll und ganz zustimmen (*Applaus KPÖ*).

GR. **Dreisiebner**: Vielen Dank Uli Taberhofer, wir sehen das ziemlich sehr ähnlich und zur jüngeren Geschichte, die uns der Herr Stadtrat Eustacchio versucht hat darzulegen, nur so viel: Zum einen können Menschen ja auch dazulernen, zum anderen würde ich über das mit Ihnen dann selber reden, wenn ich Irritation verspüre, wie auch immer. Ich bin von 2003 bis 2011 im Bezirksrat Lend gewesen. Wir haben das Thema schon damals immer wieder diskutiert, die Möglichkeit der Nutzung, die Fragen, wo können Menschen irgendwas abseits von einem zu kleinen Volksgarten und anderen Parks in der Umgebung nutzen, von Kindern bis älteren Leuten, von kleineren

Sportveranstaltungen, natürlich auch von wirtschaftlich angestoßenen Veranstaltungen, die ja auch am Lendplatz passieren oder auch soziokulturell inspiriert sind, wie eben der jetzt bald anstehende Lendwirbel. Was mich weniger interessiert, ist diese ganze Geschichte wer wann was gesagt hat. Interessant für mich ist, dass man bei den Abänderern im Gegensatz zu dem, was der Thomas Rajakovics hier dankenswerterweise vorgelegt hat, bei den Abänderern das Auto und die wirtschaftlichen Erfordernisse, wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sehr weit über die Frage stellt, was brauchen Menschen in Bereichen, wo es zu wenig Freiraum, zu wenig Möglichkeiten gibt. Menschen jeden Alters und das ist für uns die große, wichtige und entscheidende Frage und deswegen können wir weder dem Abänderer von der FPÖ, noch dem des Kollegen Pacanda nahetreten, weil auch beim Kollegen Pacanda steht zentral drinnen, was sind die Auswirkungen auf den Kfz-Verkehr und was ist der finanziell budgetäre Aspekt und die Frage, ob Menschen sich irgendwo in der Stadt noch aufhalten können, Flächen nutzen können und es wird nicht gleich pekuniär gegengerechnet, das ist für mich das höhere Gut. Ich denke, der Antrag wird die Mehrheit kriegen und ich hoffe, dass viele von euch darüber nachdenken. Dankeschön (*Applaus Grüne*).

GR. **Grossmann**: Hoher Gemeinderat, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist mir nur wichtig noch einmal festzuhalten, dass wir inhaltlich soweit nicht voneinander entfernt sind. Das ist auch das Interesse der Sozialdemokratie insbesondere unsere Vertreterinnen und Vertreter im Bezirk Lend den Platz zu nutzen, für Menschen zugänglich zu machen und nicht als Autoabstellfläche, noch dazu jetzt ungeregelt zur Verfügung zu stellen, sondern dort wirklich die Möglichkeit zu schaffen, dass Menschen sich begegnen können, dass der Platz genutzt wird, dass er ein öffentlich zugänglicher Raum ist und dass es dort eine Aufenthaltsmöglichkeit gibt, auch ohne Konsumzwang, das ist uns ganz wichtig, ich



möchte das auch noch einmal festhalten. Was die Genese sozusagen betrifft ist es wahrscheinlich bemerkenswert aber niemand darf uns verhindern, jeden Tag ein Stück gescheiter zu werden und dazulernen, gilt im Übrigen auch in einem anderen Zusammenhang, ich kann mich noch an die letzte Gemeinderatssitzung sehr lebhaft erinnern, wo wir versucht haben, für Raubergasse, Kalchberggasse als solches einen Antrag einzubringen, dass es überlegt wird eine Fußgängerzone hier einzurichten, da hat man uns mitgeteilt und wir sind dann auch nicht zur Mehrheit gekommen, dass das dort auf keinen Fall möglich ist, es ist auch schön, dass es Möglichkeiten aus eurer Sicht gibt, dass es Fußgängerzonen in dieser Stadt geben soll. Wir werden dem Abänderungsantrag vom Philip Pacanda, insbesondere deshalb unsere Zustimmung geben, weil er die Möglichkeit gibt, mehr zu prüfen, mehr einzubeziehen, klarzulegen, ist die Fußgängerzone auch die rechtlich richtige Verordnungsvariante, gibt es andere Möglichkeiten, prüft man das Ganze, aber vor allen Dingen, weil er auch einen Aspekt mithereinnimmt, der jetzt weiterreicht eigentlich als der Abänderungsantrag von der FPÖ, dass wir auch die dort wohnhafte Bevölkerung, die Bürgerinnen und Bürger in diesen Entscheidungsprozess miteinbeziehen. Aber von der Intention her, das ist mir wichtig auch zu sagen, den Platz dort den Menschen und nicht den Autos zur Verfügung zu stellen, decken wir uns (*Applaus SPÖ*).

GR. **Rajakovics:** Danke auch für jene, die zustimmen. Ich möchte ein paar Punkte auseinanderhalten. Das eine ist eine Zielformulierung und das andere ist eine Methodenfrage. Ich bin ganz bei Philip Pacanda, dass wir die Menschen miteinbeziehen, ich habe auch kein Datum hingeschrieben, wann eine Fußgängerzone dort zu errichten ist, sondern das Ziel soll eine Fußgängerzone sein, die Methode dafür und da werden alle, die auch zustimmen so einer Zielvorgabe, der Meinung sein, na selbstverständlich in Absprache mit den Menschen, die dort wohnen, die dort arbeiten, was kann man dort noch machen, wie kann man es gestalten, das ist immer eine Sache,

wo die BürgerInnen miteinbezogen werden sollen. Aber die Zielvorgabe ist eine andere, aber ich sage, ich bringe im Gemeinderat im Mai eine Blaue Zone für den Lendplatz ein, nachdem wir vor zwei Monaten einen dringlichen Antrag zugestimmt haben, dass es einen runden Tisch zum Lendplatz gibt und zur Verkehrslösung, kein runder Tisch stattfindet und sehr wohl von dir, Mario, ist geplant gewesen eine Änderung, nämlich eine Blaue Zone dort einzuführen, zumindest war das so auch nachzulesen und so hast du es scheinbar auch dem Bezirksvorsteher gesagt.

*Zwischenruf StR. Mag. (FH) Eustacchio: Ist ein andres Thema.*

GR. **Rajakovics:** Ich habe natürlich auch mit dem Bezirksvorsteher gesprochen, ich nehme das zur Kenntnis, wie das angekommen ist, was er dort gesagt hat, ich habe auch schriftlich von ihm, was er nämlich tatsächlich schriftlich, daher kann ich mich jetzt darauf verlassen, was er jetzt möchte, daher glaube ich, dass der Wolfgang Krainer entweder gescheitert geworden ist oder sich vielleicht unglücklich ausgedrückt hat bei den Besprechungen, ich will aber das nicht diskutieren. Faktum ist, das eine Mehrheit ganz offensichtlich, und dafür bin ich dankbar auch daran denkt, dass in den Gebieten, wo wir massiv verdichten, was auch gut ist, wir haben heute im Flächenwidmungsplan beschlossen, gerade dort, wo viel öffentlicher Verkehr ist, sollen auch Menschen zuziehen, es wird jetzt in der Prankergasse gebaut, es wird in der Niesenberggasse gebaut, es gibt nur den Volksgarten und den Metahofpark in der Gegend und es gibt ganz viel Wohnbau und ich sage es jetzt wirklich, weil ich für die Bezirke auch immer wieder auch sprechen darf, Gries und Lend, jeden Quadratmeter, den wir dort zusammenbringen, wo man einfach sich aufhalten kann ist in den Bezirken wichtig. Wie das gestaltet sein soll und ob man dort ein Schachbrett auf den Boden malt oder ob

man dort Blumentröge hinstellt, das ist eine andere Sache und auch die Zufahrtsregelung, Herr Stadtrat, die Zufahrtsregelung für den Bauernmarkt, ja das kann ja alles in die Betrachtungen einer ab 14.00 oder 15.00 Uhr geltenden Fußgängerzone bitte miteinbezogen werden, wo ist jetzt das große Problem, wie die Bauern dort zufahren und abfahren, wenn ab 15.00 Uhr auf dem Platz dann, wenn kein Bauer mehr dort ist, wenn man sagt in der Zeit machen wir dann aber keine Parkplätze, sondern dann können sich dort Menschen aufhalten und dann kann man, ich sage, da kann man sich vieles vorstellen von einer Idee des Klubs Lend, vielleicht auch wie der Philip Pacanda gesagt hat, vielleicht sogar irgendeine Möglichkeit, dass man auch einen Sportfläche oder irgendwas einrichtet, was immer möglich ist. Also die Methode der Bürgerbeteiligung, na bitte nützen wir das, dass viele Menschen mitreden wollen, aber die Zielvorgabe sollte sein, dass wir dort Platz für Menschen schaffen und in dem Fall, dass eine Fußgängerzone nach der Bauernmarktzeit ist. Danke für die Zustimmung (*Applaus ÖVP*).

***Der Abänderungsantrag von der Piratenpartei wurde mit Mehrheit (gegen SPÖ und Piratenpartei) abgelehnt.***

***Der Abänderungsantrag der FPÖ wurde mit Mehrheit (gegen FPÖ) abgelehnt.***

***Der Antrag wurde mit Mehrheit (gegen SPÖ und FPÖ) angenommen.***

## **2) Straßenbenennung im neuen Stadtteil Reininghaus**

GR.<sup>in</sup> **Braunersreuther** stellt namens von Grünen und Piratenpartei folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR.<sup>in</sup> **Braunersreuther**: Liebe KollegInnen, lieber Zuhörerinnen und Zuhörer! Ich bringe heute wieder einmal einen Antrag ein, der zeigen soll, dass es durchaus dringlich ist, jetzt schon über Reininghaus zu reden, auch wenn sonst die Pläne noch schwammig sind. Es geht heute um die dortige Straßenbenennung, zu der es ja schon mal einen Antrag gab, dass dort bevorzugt Frauennamen vergeben werden sollen, das war eigentlich jetzt nicht nur Reininghaus betreffend, sondern diese Vorgabe der Stadt Graz gibt es ja schon seit 2006. Es ist allerdings so, dass natürlich, auch wenn die Stadt Graz sonst wächst natürlich nicht so sehr viele neue Straßen dazukommen, seit 2006 waren es 19 Straßen, davon sind zehn nach Frauen benannt worden, drei nach Männern und sechs mit sonstigem Bezug. Reininghaus ist ein ganz neuer Stadtteil, dessen Entwicklung häufig mit Aspern verglichen wird, Entschuldigung, ich finde es wahnsinnig laut und wer nicht zuhören mag, kann auch gerne rausgehen, aber mich stört das jetzt gerade ein bisschen. Ja in der Schule macht man das auch so. Reininghaus wird häufig mit Aspern verglichen, was so dieser Entwicklung eines neuen Stadtteiles betrifft und deshalb war die Idee, auch sich bei der Vergabe von Straßennamen an Aspern zu orientieren. Für Aspern wurde nämlich in Wien beschlossen, dass da nur Frauennamen für die Straßen vergeben werden, um eben dieses Defizit, also ich erinnere nochmal daran, in Graz sind es derzeit nur 2,5 Prozent Frauen gegenüber Männernamen, die für Straßen vergeben sind. Das man dieses Defizit langsam ausgleicht und deswegen stelle ich im Namen des KPÖ-Gemeinderatsklubs und dankenswerterweise direkt unterstützt durch den Pirat und die Grünen den

### **dringlichen Antrag,**

dass die Stadt Graz ersucht wird, bei der Benennung der Straßen in Reininghaus, angelehnt an das Modell von Wien-Aspern, ausschließlich Frauennamen vergibt. Das wäre auch jetzt nochmals kurz zur Dringlichkeit eine gute Chance, da eine politische Vorgabe zu machen, bevor es einen Amtswechsel gibt im Stadtvermessungsamt, um

da nicht in Verdacht zu kommen, jemand persönlich anzusprechen, sondern einfach zu sagen, wir, der Gemeinderat, stehen dafür (*Applaus KPÖ*).

GR.<sup>in</sup> **Potzinger** zur Dringlichkeit: Geschätzte Frau Vizebürgermeisterin, sehr geehrte Mitglieder der Stadtregierung, des Gemeinderates, geschätzte Damen und Herren auf der Galerie! Als Mitinitiatorin der Pionierinnengalerie wird man mir sicher abnehmen, dass es mir wirklich ein Herzensanliegen ist, besondere Frauen, die sich in irgendeiner Weise besonders verdient gemacht haben, vor den Vorhang zu holen. Alle herzlich eingeladen, ich hoffe, es waren schon alle oben im 3. Stock und haben die Pionierinnengalerie gesehen. Liebe Frau Kollegin Antragstellerin, du hast in deinem Antrag etwas formuliert, das ursprünglich von uns Frauen auch im entsprechenden Ausschuss so nicht intendiert war, nämlich die ganz radikale Lösung, ausschließlich Frauennamen jetzt schon festzulegen, für die Namensgebung für zukünftige Straßen, Gassen und Plätze im Quartier Reininghaus. Wir als ÖVP-Fraktion lehnen diese Radikalhaltung ab. Wir wollen sehr wohl, dass in Zukunft mehr Frauen hier bei der Namensgebung berücksichtigt werden. Abgesehen davon gibt es ja auch neutrale Bezeichnungen, es sind ja nicht immer nur Persönlichkeiten, die Namensgeber, Namensgeberinnen sind. Wir haben in Graz eine Rosengasse, eine Nelkengasse was immer und mit Verlaub, es dürfen auch noch renommierte Männer und große Söhne dieser Stadt vor den Vorhang geholt werden. Wir wollen vorrangig Frauen aber nicht apodiktisch schon diese Regelung und jetzt schon eine Anmerkung zum gut gemeinten Abänderungsantrag der SPÖ-Fraktion, der aber nichts anderes ist, als eine Festlegung einer Vorgangsweise, die wir jetzt schon haben, diese Woche am Montag hat sich der Fachausschuss bereits damit beschäftigt, wir arbeiten daran, dass entsprechend viel Frauennamen zum Zug kommen und brauchen uns nicht selber jetzt als Ausschuss den Auftrag geben, da weiter zu arbeiten in einem Bereich, wo wir ohnehin tätig sind.

Deshalb werden wir die Dringlichkeit und den Antrag, auch eventuelle Abänderungen ablehnen (*Applaus ÖVP*).

GR.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Schleicher**: Sehr geehrte Kollegen, liebe Zuhörer! Ich kann mich nur meiner Vorrednerin anschließen. Für uns ist die Dringlichkeit auch nicht gegeben, denn wir haben gerade am Montag über dieses Thema gesprochen im Ausschuss, wie wir auch weiter verfahren werden. Es ist in meinen Augen auch überhaupt keine Diskussionskultur, wenn wir Montag etwas ausmachen, das wir im Ausschuss diskutieren und einen Konsens finden und dann kommt es zu diesem dringlichen Antrag (*Applaus FPÖ*). Wir stimmen diesem Antrag nicht zu, denn genauso, wie schon gesagt, ein Gebiet ausschließlich mit Frauennamen zu benennen, beziehungsweise das sogar verordnen zu wollen, das ist für uns sicher nicht der richtige Weg und sicher auch nicht das richtige Zeichen und hat nichts mit Gleichstellung oder Gleichberechtigung zu tun. Abgesehen davon gibt es ja diese Richtlinie von 2006, wo drinnen steht, Frauennamen eben zu bevorzugen. Danke (*Applaus FPÖ*).

GR.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Marak-Fischer**: Geschätzte Frau Vizebürgermeisterin, liebe Kollegen und Kolleginnen, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Zuschauertribüne! Liebe Christine, in der Sache sind wir uns einig, es bedarf einer massiven Ausweitung der Straßen, die nach Frauen benannt sind, weil wir haben genug wichtige und verdiente Frauen in dieser Stadt und das soll sich auch an den Straßennamen abzeichnen. Es ist auch eine ungemein wichtige Überlegung, wie wir genau in Reininghaus mit diesem Thema umgehen, weil sich da die einmalige Chance bietet, einen neuen Stadtteil zu entwickeln und wieder mit einigen Neubenennungen auch hier zu krönen. Nicht einig sind wir uns allerdings, was jetzt die Vorgehensweise betrifft. Ich bin als

Ausschussvorsitzende hier natürlich auch gefragt und habe sehr gerne am Montag dieses Thema auch auf Tapet gebracht, um so verwundeter war ich dann auch, dass dieser dringliche Antrag so schnell gestellt wird, ohne dass wir eigentlich mit einem Vorschlag hier in den Gemeinderat kommen, der auch eine Mehrheit finden kann, beziehungsweise der einen möglichst breiten Konsens auch beinhaltet. Ich halte diese Vorgehensweise für nicht geglückt und habe deswegen auch vor, sollte die Dringlichkeit durchgehen, einen Abänderungsantrag zu diesem Thema einzubringen, indem der Gemeinderat, und Sissi hier sind wir uns nicht ganz einer Meinung, ich glaube, dass das Thema jetzt hier im Gemeinderat anzureißen und den zuständigen Ausschuss dann noch einmal offiziell zu beauftragen, das ist zwar Eulen nach Athen zu bringen, da hast du Recht, aber es kann eine Unterstützung für das Thema sein und es kann einfach noch einmal ein zusätzlich... praktisch ein zusätzliches betonen der Wichtigkeit auch des Themas sein, deswegen werden wir der Dringlichkeit auch zustimmen, um das Thema am Laufen zu halten. Allerdings dann mit diesem Abänderungsantrag wieder die Chance geben, dass das Thema breiter diskutiert wird im Ausschuss und dass wir dann auch zu einer Lösung kommen, die für eine Mehrheit des Ausschusses und des Gemeinderates dann auch gangbar ist. Denn der Antrag in der Form, das hat man jetzt auch an den Wortmeldungen gesehen und es hat sich auch im Ausschuss ja bereits abgezeichnet, in dieser, wie du sagst, radikalen oder sagen wir einmal sehr konsequenten oder wirklich überkonsequenten Art und Weise, findet keine Mehrheit im Gemeinderat und ich denke, deswegen wird es im Sinne der Sache auch sein hier eine Lösung zu finden, mit der mehr Gemeinderatsmitglieder dann auch mitkönnen. Aus diesem Grund kann ich nur sagen, falls die Dringlichkeit nicht durchgeht, das Thema wird nicht vom Tisch sein, als Ausschussvorsitzende, werde ich in den nächsten Wochen gerne das Thema erneut aufgreifen und wir werden auch darüber diskutieren und schauen, dass wir zu einer Lösung finden und sollte die Dringlichkeit durchgehen, werde ich eben diesen Abänderungsantrag noch einbringen. Danke (*Applaus SPÖ*).

GR.<sup>in</sup> **Braunersreuther**: Ja, ich glaube, ich habe es auch den Zuständigen aus dem Ausschuss, den meisten telefonisch, schon mitgeteilt warum ich mich dazu entschlossen habe den Antrag zu stellen, weil ich eben finde, dass es jetzt dringlich ist. Wenn es dazu keinen Konsens geben kann, dann finde ich liegt das nicht an dem Antrag, sondern durchaus an dem Willen des Gemeinderates, aber das ist wieder eine andere Geschichte. Also radikal und konsequent lasse ich mir einreden, überkonsequent finde ich es eigentlich nicht, weil es wirklich dringend notwendig wäre und ich weiß, das Graz nicht alles kann, was Wien kann, aber in dem Punkt könnte Graz das durchaus, dass man konsequent sagt, man vergibt hier nur Frauennamen und auch, ich habe nichts gegen Rosen und Nelken und gegen sonstige Pflanzen, also ganz im Gegenteil, gerade bei Reininghaus finde ich das die dort stehen sollten, vor allem die schönen alten Bäume sollten stehen bleiben und dadurch repräsentativ wirken. Bei den Straßennamen könnte man da durchaus nur eben auf Frauennamen zurückgreifen und ich hoffe, dass sich vielleicht doch noch die einen oder anderen dazu entschließen können (*Applaus KPÖ*).

***Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, SPÖ, Grüne und Piratenpartei) abgelehnt.***

***Die Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.***

GR. Dr. **Piffel-Percevic** zur Geschäftsordnung: Frau Vorsitzende, hoher Gemeinderat! Darf ich an dieser Stelle kurz auf die Geschäftsordnung und die Geschäftsverteilung hinweisen, was die Namensgebung für Verkehrsflächen in unserer Stadt betrifft. Es ist



eine Zuständigkeit des Stadtvermessungsamtes auf Amtsebene und der zuständige gemeinderätliche Ausschuss für das Stadtvermessungsamt ist der Stadtplanungsausschuss. Wir haben sicher, die meisten von uns, im Zuge dieses Antrages, den wir jetzt gerade behandelt hatten, uns diese Richtlinien, die geltenden Richtlinien, die der Gemeinderat dazu, wie in wenigen anderen Fällen sich gegeben hat, zurückgegriffen und die stammen vom 1. Juni 1989, novelliert mit Gemeinderatsbeschluss vom 13. November 2003 und mit weiterem Gemeinderatsbeschluss vom 16. November 2006. Um es abzukürzen, Neubenennungen, ich darf nur einen Punkt, das ist der Punkt 2, Vorschläge für Neubenennungen laut diesem Beschluss werden vorwiegend vom Stadtvermessungsamt erstellt. Es ist vorgesehen, dass, wenn es zu einem Amtsvortrag kommt, dass der Bezirksrat anzuhören ist und das Kulturamt anzuhören ist. Wir haben hier ein rigides Verfahren einzuhalten und ich erlaube mir festzustellen, dass wir auch damit bei dringlichen Anträgen das Verfahren nicht so 1 : 1 aushebeln können. Jetzt komme ich zum rettenden Satz, den wir finden: Initiativen von anderen Dienststellen oder Institutionen, insbesondere seitens der Bevölkerung, sind erwünscht, und darf ich das für mich jetzt persönlich nicht als Vorsitzender des Raumordnungsausschusses so interpretieren, dass wir selbstverständlich es dankend, wir alle, auch der Raumordnungsausschuss, auch das Amt aufnimmt, wenn wer immer, aber vor allem natürlich auch für Frauenfragen zuständige Ausschuss, damit befasst. Aber ich würde bitten im Interesse der Sache, dass dann so eine Wohlmeinung, ein Vorschlag sozusagen, seinen Weg nimmt, zum Beispiel in den Raumordnungsausschuss, zum Beispiel in das Stadtvermessungsamt, wie immer, aber ich würde bitten, dass wir dieses bewährte Verfahren auch einhalten. Ich habe jetzt gar nicht gesprochen von Umbenennungen, das ist ein ganz anderes Kapitel, da haben wir ja ohnedies derzeit gerade eine Kommission tätig. Ich wollte das der Ordnung halber für den nächsten Fall zur Geschäftsordnung äußern. Also Initiativen, Überlegungen bitte wirklich anstellen. Ich würde vielleicht den Vorschlag auch machen, dass das Stadtvermessungsamt quasi jetzt einmal einen Plan entwirft, was

sind jetzt wirklich die Straßen, dass wir so eine Struktur hineinbringen und dass wir dann alle uns auf diese Weise, würde ich vorschlagen, einbringen. Herzlichen Dank (*Applaus ÖVP*).

GR. Dr. **Wohlfahrt** zur Geschäftsordnung: Nicht als Antwort, sondern zur Abstimmung als solche. Ich habe es nachgerechnet, es ist ok vom Abstimmungsergebnis her, es war nicht die Mehrheit, aber wir haben in der Klubobleutekonferenz darüber gesprochen und wir ersuchen doch, bei knappen Abstimmungen deutlicher zu zählen und die Pro- und die Kontrastimmen bekanntzugeben, es geht diesmal um ein/zwei Stimmen nicht aus, also es ist absolut, brauchen wir nicht noch einmal abstimmen, aber bitte doch bei knappen Abstimmungen, ich glaube, es geht um eine Stimme in dem Fall, dass man doch klar Pro- und Kontrastimmen zählt, damit nicht Unklarheiten herauskommen und bitte, das etwas formaler zu machen, wenn es so knapp ist. Danke (*Applaus Grüne*).

### **3) Verbot unbezahlter Praktika und soziale Absicherung für BerufseinsteigerInnen**

GR. Mag. **Krotzer** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. Mag. **Krotzer**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, werte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Zuhörerinnen und Zuhörer! Ich darf beginnen mit einer Stellenanzeige, in dem Fall ZDF-Auslandsstudio in Wien, die suchen für zwei Monate Hospitanten/Hospitantinnen für die Redaktionsarbeit. Beinhaltet unter anderem Hintergrundberichterstattung Südosteuropa, aktuelle Berichterstattung aus dem Bereich, erforderlich Teamfähigkeit, Flexibilität, fließende Englischkenntnisse, redaktionelle Vorkenntnisse, gute Kenntnisse der üblichen MS-Office-Software.

Warum bringe ich das jetzt? Nämlich wegen der letzten Worte in dieser Stellenanzeige, wo es nämlich heißt: Leider, wie schon allgemein üblich, gibt es für die Stelle kein Honorar. Das zur Generation Praktika. Jetzt kann man natürlich sagen, was geht uns das ZDF-Auslandsstudio an, noch dazu, wenn es in Wien ist und nicht in Graz? Ich habe noch eine zweite Stellenanzeige, Österreichischer Gemeindebund vom November letzten Jahres: Österreichischer Gemeindebund vergibt ein Volontariat für zwei Monate, Anforderungen: Interesse an kommunalen Themen, Textsicherheit, Kenntnisse der Office-Programme etc., Wochenarbeitszeit umfasst zumindest 30 Stunden und jetzt ist man dort großzügiger als beim ZDF, man bietet doch 300 Euro Aufwandsentschädigung an für eine Mindestarbeitszeit wöchentlich von 30 Stunden. Warum bringe ich das vor, das sind für sehr, sehr viele Studienabsolventinnen und Studienabsolventen in Österreich und darüber hinaus die Lebensrealitäten, mit denen sie zu kämpfen haben, wenn sie eine universitäre Ausbildung abgeschlossen haben, bei Versuchen ins Berufsleben einzusteigen. Das Ganze hat auch den Titel der Generation Praktikum und es sind in Österreich 100.000e junge Menschen, die prekär beschäftigt sind als Studierende oder eben auch als Uni-AbsolventInnen, die mit der Tatsache zu leben haben, dass sichere Arbeitsbedingungen, dass existenzsichernde Arbeitsverhältnisse Mangelware sind. Wir haben in Österreich mit Jänner 2015 die Situation gehabt, dass 472.539 Menschen ohne Job gewesen sind, das bedeutet 472.539 Mal individuelle finanzielle Sorgen, das bedeutet Existenzängste, das bedeutet Stress, das bedeutet Druck, das bedeutet Zukunftsängste und es bedeutet gleichzeitig auch, dass der Druck auf Menschen steigt, Arbeitsverhältnisse einzugehen ohne existenzsichernde Bezahlung, ohne finanzielle Absicherung und bei schlechten Arbeitsbedingungen. Das betrifft insbesondere auch Uni-Absolventinnen und Uni-Absolventen. Wir haben mit März 2015 eine AkademikerInnen-Arbeitslosigkeit von über 30.000 Uni-Absolventinnen und -absolventen gehabt, dem kann man noch hinzufügen, dass die Hälfte der berufstätigen Menschen unter 30 Jahren in befristeten oder sogenannten freien Dienstverhältnissen sich befindet. Und dann muss man noch dazusagen, also das eben diese Situation vielfach ausgenutzt wird und die dreisteste

Form der Ausnutzung der Situation ist eben die zunehmende Form sogenannter unbezahlter Praktika. Die Gewerkschaft der Privatangestellten schreibt dazu: Monatelange Vertretung von Beschäftigten, die in Karenz sind, zum Nulltarif oder Lehrverhältnisse, die nach dem Praktikum in Aussicht gestellt werden und dann nach einem Monat im Weihnachtsgeschäft ohne Angabe von Gründen gekündigt werden, werden uns genauso gemeldet wie krass unterbezahlte Arbeitsverhältnisse und andere arbeitsrechtliche Umgehungen. Das ist die Situation der Generation Praktikum, zu der noch hinzugefügt sei, dass sehr viele noch nicht einmal in die Situation kommen, Teil der Generation Praktikum sein zu können, weil das natürlich erfordert, dass man Wochen oder auch Monate unbezahlt arbeitet und das für viele, die eben die finanzielle Unterstützung gerade der Eltern nicht haben, ja noch nicht einmal das leistbar ist.

Graz ist eine Universitätsstadt und ist Wohnort von 10.000 Studierenden und StudienabsolventInnen, die eben mit diesen geschilderten Phänomenen und den damit einhergehenden Sorgen betroffen sind. Wir können das und wir sollen das nicht ignorieren, insofern bin ich der Meinung, dass es schön wäre, wenn der Gemeinderat der Stadt Graz hier eine Vorreiterrolle einnimmt und sich für eine Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der StudienabsolventInnen ausspricht und stark macht.

Ich darf daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

### **d r i n g l i c h e n   A n t r a g**

einbringen: Die Stadt Graz fordert die österreichische Bundesregierung auf, folgende gesetzlichen und politischen Rahmenbedingungen zur sozialen Besserstellung junger BerufseinsteigerInnen zu schaffen:

1. Ein gesetzliches Verbot von Volontariaten, also den unbezahlten „Praktika“, die keinen Ausbildungszweck haben und zur Umgehung von Arbeitsverhältnissen geeignet sind.
2. Einführung eines Praktikumsgesetzes, das Praktika, die im Rahmen einer schulischen oder universitären Ausbildung vorgeschrieben sind, klar rechtlich definiert werden, von anderen Beschäftigungs- und Tätigkeitsformen abgegrenzt werden und Standards schaffen bezüglich Arbeitszeit, Mindestentgelt, Arbeitsvertrag, Bildungsziele, Betreuungsstruktur und Praktikumszeugnis.
3. Unterstützung der Forderung nach Aufnahme von Praktika in die Kollektivverträge und zwar in die Verwendungsgruppe „PraktikantInnen aus Fachhochschulen und Universitäten“ in die Lohntabelle.
4. Job-Offensive für BerufseinsteigerInnen sowie notwendige Neueinstellungen von Personal im Bildungs- und Wissenschaftsbereich sowie im öffentlichen Dienst, etwa im Finanzbereich oder in der Justiz, und auch für über 25-jährige StudienabsolventInnen nach sechs Monaten arbeitslosenversicherungs-pflichtigem Beschäftigungsverhältnis.
5. Schaffung eines Stipendiensystems für Praktika im NGO-Bereich.

Vielen Dank (*Applaus KPÖ*).

GR.<sup>in</sup> **Schönbacher** zur Dringlichkeit: Sehr geehrter Antragsteller! So ein Praktikum ist eigentlich eine tolle Sache, weil es vereint theoretisches Wissen und Erfahrungen in der Praxis. Aber auch Richtlinien dazu sind wichtig, weil das beugt Missbrauch vor von solchen Fällen, das sollte natürlich sein und es schafft aber auch die Möglichkeit, ein Praktikum aufzuwerten. Deshalb stimmen wir der Dringlichkeit und dem Inhalt zu (*Applaus FPÖ*).

GR. Dr. **Wohlfahrt**: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Antrag ist dringend und leider Gottes, muss ich sagen, ist er das. Was ist der wesentliche Hintergrund, zum Inhalt melde ich mich später noch einmal, aber der Hintergrund ist eben ein Arbeitsmarkt wie er ist und das ist die große Katastrophe, dass diese Formen der Umgehung von Arbeitsverträgen momentan so stark boomen, weil eben am Arbeitsmarkt, die hohe Arbeitslosigkeit wurde angesprochen, das Kräfteverhältnis ist verschoben und wenn der Arbeitsmarkt so ist wie er ist, dann müssen solche Umgehungstatbestände natürlich reduziert werden. Es kann nicht sein, dass Leute, die Jobs suchen, mehr oder weniger zu Praktika gezwungen werden, ich weiß schon, formalrechtlich wird da niemand gezwungen, das ist mir schon klar. Aber wenn man das als Andienen für einen Jobs hat, dann besteht hier dringender Handlungsbedarf, deswegen unterstützen wir die Dringlichkeit. Es ist auch sehr nahe, man könnte fast sagen, es ist ein grüner Antrag, also sind wir nicht weiter auseinander, es aufgrund einer Grün-Initiative wurde ja Volontariat im öffentlichen Dienst auch schon eingestellt, weil auch hier so quasi es nicht sein kann, das man sich, bevor man einen Job kriegt, monatelang andienen muss in solche Jobs rein. Also ich werde noch einmal kurz was sagen, aber auf jeden Fall volle Unterstützung einmal für die Dringlichkeit (*Applaus Grüne*).

GR.<sup>in</sup> **Kaufmann**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, hoher Gemeinderat, lieber Herr Kollege Krotzer! Ja, ich gebe dir Recht, wir sind die Generation Praktikum. Allerdings hat das mit den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und auch mit der Sicherheit der Unternehmen zu tun. Ich kann dir nicht Recht geben in den Punkten, die du anführst und zwar aus dem einfachen Grund, weil wenn ich heute ein Volontariat machen möchte, warum auch immer, und ich habe das auch gemacht, dann mache ich das freiwillig und aus freien Stücken. Und da kann mir eigentlich niemand sagen, nein,

du darfst das jetzt nicht machen, du darfst dich jetzt nicht dafür interessieren. Ich habe die Möglichkeit gehabt durch ein Volontariat, das ich mir selbst ausgesucht habe, weil ich das in meiner Freizeit machen wollte, im Übrigen neben Ferialjob und diesen ganzen Dingen auch noch, einfach nachher dann auch in ein Beschäftigungsverhältnis zu kommen und warum sollte mir das jemand nehmen? Oder ich habe ein Volontariat auch im Ausland gemacht, das sind alles Erfahrungen, die man einfach freiwillig machen kann. Ja, es gibt viele Praktika, und das ist aber auch der Unterschied da dazu, die gemacht werden müssen und da gibt es aber auch klare Vorgaben, auch für Unternehmerinnen und Unternehmer, die sie auch einhalten müssen, das heißt, auch dieser zweite Punkt, den kann ich nicht ganz nachvollziehen, den du da bringst. Und dass es eine eigene Verwendungsgruppe geben soll, kann ich auch nicht nachvollziehen und zwar aus einem einfachen Grund, weil es gibt in Österreich Gott sei Dank die Kollektivverträge und die werden ausverhandelt und deswegen hat man zum Beispiel, wenn man ein Praktikum macht in einem Bereich wie zum Beispiel bei den Metallern, da kriegt man relativ gut bezahlt, wie wir alle wissen, ist auch einer der höchsten Kollektivverträge und in anderen Bereichen halt weniger und das kann man sich auch dementsprechend aussuchen und ist auch gut ausverhandelt und hat in Österreich gute Tradition. Deshalb werden wir auch als ÖVP der Dringlichkeit nicht zustimmen, eines möchte ich nur dem Kollegen von den Grünen noch mitgeben, Herr Klubobmann, wenn ihr dagegen seid, solltet ihr vielleicht auch selber das ein bisschen hinterfragen mit den Volontariaten, die auch aus eurem Bereich angeboten werden und selbst wir in der Stadt bieten viel Erfahrung an über Volontariate, im Übrigen auch beim Song Contest, im Übrigen auch bei den Special Olympics und bei vielen anderen Dingen, gibt es die Möglichkeit hineinzuschnuppern und über die Schultern zu schauen und mitanzupacken im ehrenamtlichen Bereich (*Applaus ÖVP*).

GR. Mag. **Haßler**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Zuhörerinnen und Zuhörer, lieber Kollege Krotzer! Wenn man deinen Motivenbericht durchliest, muss ich leider sagen, ist das, was du dort anführst, in vielen Fällen bittere Realität. Ich bin selber Arbeitnehmervertreter und wir bemühen uns täglich, Verbesserungen für die Arbeitswelt zu schaffen, aber leider gibt es immer noch Schattenseiten und ich glaube, es ist auch wichtig, dass man heute über dieses Thema auch da im Gemeinderat sprechen. Zu dem, was du im Antragstext forderst, haben wir einen teildifferenzierten Zugang, also ich kann einmal sagen, die Dringlichkeit ist auf jeden Fall gegeben aus unserer Sicht, zu den einzelnen Punkten möchte ich vielleicht noch ein paar Ausführungen dann jetzt aufklärend dazugeben. Im ersten Punkt forderst du ein gesetzliches Verbot von Volontariaten, die zur Umgehung von Arbeitsverhältnissen geeignet sind. Das ist ja prinzipiell gesetzlich verboten, also wenn es nur darum geht dann, davon gehen wir jetzt aus, gibt es unsere Zustimmung, Aufpassen muss man, dass man Volontariate nicht grundsätzlich verbietet, weil es doch viele Umstände gibt, wo junge Menschen auch Vorteile aus dieser Möglichkeit schöpfen können. Ich habe mit der Arbeiterkammer Rücksprache gehalten und die haben als Beispiel gesagt, es gibt angehende Uni-Absolventen, die in Betrieben einfach ein Volontariat machen wollen, um Messergebnisse für ihre Arbeit sicherzustellen, also für ihre wissenschaftliche Arbeit sicherzustellen, da gibt es keinen Mehrwert für den Betrieb, sondern das dient rein dem Ausbildungszweck, aber das meinst du eh nicht, dass das mit dabei ist, also in dem Sinne werden wir dem ersten Punkt zustimmen. Im Praktikumsgesetz ist aus unserer Sicht auf jeden Fall ein möglicher Verbesserungsansatz, weil das bis heute lediglich im Ausländerbeschäftigungsgesetz eine Definition von Praktikum gibt und sonst in keinem arbeitsrechtlichen Gesetz. Was auch schon gesagt worden ist, aber wenn die Kollegin Kaufmann da was vermenschert hat, dass die Bestimmungen jetzt bezüglich der Entgelthöhe auf jeden Fall den Kollektivverträgen vorbehalten bleiben sollen, weil es, glaube ich, gefährlich wäre, jetzt über gesetzliche Ebene da Entgelte zu regeln, was allerdings denkbar ist und in dem Sinne verstehen wir es, dass man sagt, man zieht eine grundsätzliche Grenze



ein, kann sagen, Volontariat muss über der Geringfügigkeit oder bei der doppelten Geringfügigkeitsgrenze entlohnt werden, um auf jeden Fall eine Sozialversicherungspflicht auszulösen. Aber die genaue Ausgestaltung sollte den Kollektivverträgen vorbehalten sein. Deine Forderung, die Praktika Arbeit in Kollektivverträgen zu verankern, können wir nur voll und ganz unterstützen. Ich weiß nicht, warum die Kollegin Kaufmann den Metaller-Kollektivvertrag da erwähnt hat, der macht das ja in vorbildlicher Weise und der Kollege Martiner ist jetzt nicht mehr da, aber der hat da ja auch mitverhandelt und auch in dem Bereich, wo ich seit zwölf Jahren Kollektivverträge verhandle, haben wir es schon geschafft, diese Praktika auch im Kollektivvertrag entsprechend zu verankern. Im vierten Punkt, wo du die Job-Offensive für Berufseinsteiger forderst, ok, das wäre zu unterstützen, den Anspruch auf Arbeitslosengeld auch für über 25-jährige StudienabsolventInnen nach sechs Monaten arbeitslosenversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnis, das ist ein bisschen sehr schludrig formuliert, ich nehme an, du meinst den Erstantrag nach Arbeitslosengeld, der ja nicht nach sechs Monaten, sondern nach 26 Wochen sozusagen möglich ist für unter 25-jährige, dem können wir nicht beitreten, weil wir da eine Ungleichbehandlung sehen. Es gibt ja auch Kollegabsolventen, es gibt auch Lehrlinge, die später abschließen und wir sehen nicht ein, warum man es dann nur für diesen Bereich der Studentinnen und Studenten fordert, sondern wenn, wollen wir es als generelle Forderung haben, also dem werden wir in dem Fall nicht zustimmen und dem letzten Punkt, wo du ein Stipendiensystem für Praktika im NGO-Bereich forderst, ich finde das Wort Stipendiensystem ein bisschen überzogen, aber wenn es um Förderungsmöglichkeiten geht, und so verstehen wir es, dass die Praktika gefördert werden können, was ja die ehemalige Infrastrukturministerin Bures auch in ihrem Bereich immer wieder gemacht hat, dann sehen wir das positiv und deshalb werden wir dem Punkt auch zustimmen. Danke (*Applaus SPÖ*).

GR. **Pacanda:** Der Antrag hat uns gestern sehr viel Zeit gekostet, weil wir haben sehr viel herumdiskutiert diesbezüglich und die Diskussion jetzt zeigt mir eigentlich, dass es auf jeden Fall dringlich ist, deswegen auf jeden Fall von uns die Zustimmung zur Dringlichkeit. Ich möchte kurz darauf eingehen, weil wir müssten es auf jeden Fall in weiterer Folge dann noch separat noch abstimmen, weil bei uns auch ein paar Punkte drinnen haben, wo wir sagen, nein, das sehen wir jetzt nicht so. Zum Beispiel genau dieses Verbot von Volontariaten, da sind wir uns nicht genau sicher, ob diese Bezeichnung oder die Definition eindeutig ist und nicht vielleicht auch irgendwelche Volontariate, als Freiwilligendienste, treffen könnte, die auch wirklich so bleiben sollten, also die nicht verboten werden sollten. Und der zweite Punkt, wo wir uns Gedanken gemacht haben, war der Punkt drei, wo wir im Endeffekt die Gefahr gesehen hätten, dass man vielleicht da einen Billiglohn-KV oder was Ähnliches generieren könnte. Also das ist auf jeden Fall bei uns bei der Diskussion aufgetaucht, also die Punkt 1 und 3 würden wir so jetzt in der Art und Weise nicht sehen, aber eben Praktikumsgesetz definitiv, dann haben wir gesagt, das macht auf jeden Fall einen Sinn, auch eine Joboffensive und das Stipendiensystem, das heißt Dringlichkeit ja und eben den Punkten 2, 4 und 5 würden wir in der Form zustimmen.

GR. Mag. **Krotzer:** Also es zeichnet sich eben eine breite Zustimmung, was die Dringlichkeit betrifft an. Ich möchte nur ein paar Dinge aufklären. Es ist immer das Problem, wenn man etwas fett druckt, dass nur das gelesen wird, das gesetzliche Verbot von Volontariaten, der Satz geht aber weiter, wo es dann heißt, die keinen Ausbildungszweck haben und zur Umgehung von Arbeitsverhältnissen geeignet sind. Das verbietet insofern keine Volontariate, sondern nur diejenigen, die dazu geschaffen werden, dass ein Unternehmen erspart eine Fachkraft anzustellen, man nimmt sich günstig einen Uni-Absolventen rein und haltet ihm quasi so die Karotte vor die Nase, vielleicht kriegst in drei/vier Monaten bei uns einen Job, nutzt das aus und nimmt dann

den nächsten. Diese Praxis ist ausbeuterisch und die gehört beendet. Ein bisschen falsch verstanden worden bin ich offenbar bei den Kollektivverträgen. Es geht nicht darum, einen eigenen Praktikums-Kollektivvertrag zu schaffen, es geht darum, dass wir, der Kollege Haßler hat es angesprochen, im Metaller-Kollektivvertrag, wo im Kollektivvertrag der Metaller, und so gehört es auch in allen anderen Kollektivverträgen, dass es eben die Verwendungsgruppe Praktikantinnen/Praktikanten in den bestehenden Kollektivverträgen gibt. Also vielleicht sind da noch ein paar Missverständnisse ausgeräumt und wir kommen dann in der Abstimmung über den Inhalt irgendwie vielleicht auf noch mehr Zustimmung. Ich darf mich ansonsten für die Diskussion schon einmal bedanken und es freut mich, dass hier auch eine Bereitschaft da ist, dieses Thema zu diskutieren. Dankesehr (*Applaus KPÖ*).

***Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP) angenommen.***

GR. **Haberler**, MBA zum Antrag: Hoher Gemeinderat! Ich möchte nur kurz einen Gedanken einwerfen, es ist ein brisantes Thema, es ist aber auch so, dass sehr viele Firmen überhaupt keinen Praktikumsplatz vergeben oder gar nicht brauchen, sondern einfach Studenten herkommen, weil sie einfach die Initiative ergreifen und sagen, bevor ich zu Hause sitze und arbeitslos „in der Nase bohre“, unter Anführungszeichen, möchte ich die Chance wahrnehmen und ein bisschen ins Berufsleben hineinschnuppern und dann bekommt dieser Student, diese Studentin die Möglichkeit von Firmen, und das ist wirklich mit Abstand die Mehrheit, weil ich kenne zwei Drittel ungefähr, die einen Praktikumsplatz bekommen mit dem Ziel, dass sie das später, bei späteren Bewerbungen anführen können. Ich möchte das nur zu bedenken geben, weil es wird jetzt genau eines passieren, ich meine, es ist nur eine Petition, aber auf diese

Art und Weise wird jungen Menschen die Möglichkeit einer Zukunft geraubt, die sinnvoll ist. Ich sage es nur an dem Punkt und ich hoffe nicht, dass wir in ein kommunistisches, keine Ahnung, wie man dazu sagen soll, verfallen, weil wir wissen, wo das hinführt (*Applaus ÖVP*).

GR. Dr. **Wohlfahrt**: Ich glaube, das ist sehr gut, dass wir diesen Antrag haben, weil es werden die Bilder auch deutlich, die hier in die Welt gesetzt werden und die stimmen mich sehr nachdenklich. Ich meine, ist schon schnell gesagt, arbeitslos „in der Nase bohren“, kann so rausrutschen aber Leute, was ist denn das für ein Bild? Da passieren die Dinge. Das andere ist, ich glaube schon, dass es viele Arbeitslose gibt, die sehr gerne arbeiten würden und die sagen, bevor ich zu Hause bin und mich nicht einbringen kann für die Gesellschaft, gehe ich wohin und leiste meinen Beitrag, auch wenn ich kein Geld dafür bekomme. Das wird es geben, das glaube ich schon, nur das Problem dahinter ist, dass auf diese Art die Arbeitsplätze, die bezahlten Arbeitsplätze noch weniger werden und wenn man sich über diese Leute doch ein bisschen lustig macht, dann wissen wir genau, warum wir heute diesen wichtigen, dringlichen Antrag haben, dass man da hinschaut. Zur Sache noch ein wenig. Volontariat ist ja nicht so einfach, das ist ja nicht klar definiert und da muss man schon schauen und deswegen auch der differenzierten Zugangsweise, die zur Umgehung dienen. Ich weiß nicht, Martina Kaufmann, ob ich es ganz richtig gehört habe, du bist durch ein Volontariat zu einem Job gekommen, habe ich so irgendwie gehört, genau das ist das „Problem“, unter Anführungszeichen. Ich verstehe sehr gut, dass Leute das machen, ich verstehe sehr gut, dass man dort dann was kennenlernt, sich gegenseitig kennenlernt, beide haben einen Informationsvorsprung, das entwickelt sich super, ist an sich super. Nur, es gibt eine zweite junge Frau, die hat nicht die Eltern, die sich das leisten können, die hat nicht die Möglichkeit, so etwas zu machen, die muss gleich ein Geld verdienen und das ist genau das, wo die Chancengleichheit auf der Strecke bleibt (*Applaus Grüne*). Ich will

jetzt nicht auf die Ebene gehen, Einzelnen das vorzuwerfen, das ist einfach das Problem vom System, wir wissen schon, das Chancengleichheit nicht gegeben ist, aber wir werden es auch nie schaffen. Aber wir sollten uns immer wieder Schritte überlegen, einen Schritt, dorthin zu kommen und in dem Sinn muss man das Ganze unterstützen. Zum Volontariat generell noch. Die eine Möglichkeit ist Jobeinstieg mit vielen sympathischen Seiten für die Betroffenen und viel Pech, die es sich nicht leisten können, das andere wäre so ein bisschen im Sinne von Ehrenamt, entwicklungspolitische Arbeit etc. in diesem Bereich, es gibt Arbeit in der Landwirtschaft für junge Leute gegen Kost und Logis und dergleichen. Ich glaube, da muss man differenzieren, das ist nicht leicht, für mich ist der wesentliche Unterschied der, geht es darum, dass man sich andienen muss für einen Job, ist es eine Vorleistung in einen Job rein, dann wird es problematisch, weil dieser Weg nicht allen offen steht. Wenn das einfach was anderes ist, man will eine gewisse Zeit nicht in die Erwerbsarbeit gehen, man will irgendwas anderes ausprobieren, man geht wohin, weil man was Gutes, was Sinnvolles tun will, aber nicht das Gefühl hat, man muss sich andienen, dann finde ich es absolut ok und die Beschreibung deutet für mich sehr stark darauf hin sauber, zu trennen wird das ziemlich schwierig werden, da dürfen wir uns nicht erwarten, das auf einmal lösen zu können, aber da muss man hinschauen und das Wesentliche ist natürlich auch, dass wir den Arbeitsmarkt generell, wie ich vorhin gesagt habe, noch zu anderen Bedingungen kommen, dann wird das wieder entspannter. Momentan ist der Arbeitsmarkt nicht entspannt, deswegen muss man ganz genau da hinschauen und als Letztes, weil auch wir Grünen angesprochen worden sind, wenn es eine Mithilfe beim Umweltzirkus gibt, ich glaube nicht, dass da jemand glaubt, dass er nächste Woche einen Job hat. Ich glaube, das ist kein Eindienen in einen Job, sondern da geht es wirklich einen halben Tag nur zu verbringen, meines Erachtens ok, auch das kann man diskutieren, aber das so quasi der Unterschied wird schon klar, ok, danke (*Applaus Grüne*).

GR. **Grossmann:** Werte Kolleginnen und Kollegen! Ist mir schon wichtig, aus der Sicht der Sozialdemokratie eine klare Feststellung zu treffen, weil es jetzt so im Raum steht, dass es da viele Leute gibt, die sozusagen beschäftigungslos sich fadisieren. Also erstens einmal ist es so, dass der Großteil all jener, die momentan nicht die Möglichkeit haben, in Beschäftigung zu sein, das nicht freiwillig sind, sondern hier wirklich Not und Elend erleiden und wir werden heute noch Gelegenheit haben, auch darüber zu sprechen, Beschäftigungslosigkeit bedeutet nicht nur, dass die Einkommenssituation minimiert ist bis gegen Null gehend, wenn nämlich Notstandsunterstützungen aufgrund anderer Familieneinkommen ausrinnen, sondern beschäftigungslos zu sein über eine längere Zeit bedeutet auch den eigenen Wert und den Stellenwert in der Gesellschaft langsam zu verlieren und in eine Orientierungslosigkeit abzugleiten, weil Arbeit nicht nur Einkommen sichert, sondern weil Arbeit Sinn stiftet und weil Arbeit Wert gibt, das ist mir ganz wichtig, das einmal festgestellt zu haben (*Applaus SPÖ*). Und dann gibt es noch einen anderen Aspekt, der mir jetzt im Zuhören in der Debatte ganz wichtig erscheint, dass er nicht unerwähnt bleibt. Wir diskutieren sehr intensiv, sehr ausgiebig, sehr kontroversiell, aber auch sehr ernsthaft die Frage, wie gelingt es uns, unser sehr gut ausgebautes System der sozialen Sicherheit auch für die Zukunft zu sichern? Insbesondere wie gelingt es uns, unsere Pensionssysteme abzusichern und wenn wir es zulassen, dass junge Menschen nicht nur Monate, sondern Jahre damit verbringen, in Beschäftigungsverhältnissen arbeiten zu müssen, nicht zu wollen, sondern zu müssen, wo sie kaum oder gar keine Bezahlung dafür erlangen, brauchen wir uns nicht wundern, wenn am Ende der Lebenszeit dann entweder keine Pensionszeiten vorhanden sind oder wenn die Aufbringung der Sozialleistungen und der Sozialversicherungsbeiträge für die Sicherung der derzeit auszubezahlenden Pensionen nicht mehr erfolgen kann. Also das ist auch ein Aspekt, den man grundsätzlich mitberücksichtigen muss und ich denke, dass es wichtig ist, dass Menschen, ob jung oder schon älter, die Möglichkeit gegeben ist, in bestimmte Berufsfelder vorzudringen, Erfahrungen zu sammeln und dabei zu sein und auch zu

sehen, ob eine Umschulung interessant wäre oder neue Betätigungsfelder kennenzulernen, aber dort, wo Arbeitsleistung erfolgt und damit auch ein Mehrwert aus dieser Arbeitsleistung entsteht für die Institution, für die Organisation, für das Unternehmen, dort aus meiner Sicht ist es auch recht und billig und eine gesetzliche Voraussetzung, und das muss uns auch wichtig bleiben, dass auch ein Entgelt fließt für diese Arbeitsleistung. Das ist mir nur wichtig, festgestellt zu haben. Dankeschön (*Applaus SPÖ*).

GR. Mag. **Krotzer**: Für mich bleibt tatsächlich nicht mehr viel zu sagen nach den vorhergehenden Wortmeldungen und danke hier auch den Klubobmännern Wohlfahrt und Grossmann. Es ist Wichtiges gesagt worden, dass das Thema ein brennendes ist, dass das Thema, und ich möchte es noch einmal unterstreichen, sowohl die 400.000 oder 450.000 Menschen, die arbeitslos sind, als auch diese genannten 20.000 arbeitslosen Uni-AbsolventInnen. Dahinter steckt jedes Mal ein Schicksal und ich glaube auch, dass es für uns als Gemeinderätinnen, als Gemeinderäte, als Politikerinnen und Politiker, wir, die wir mit manchen von diesen Problemen nicht zu kämpfen haben, nicht vergessen sollten, dass wir im Auftrag der Bevölkerung hier sitzen und dass wir auch deren Sorgen, Nöte und Ängste wahrnehmen müssen und die nicht dazu bagatellisieren sollten. Damit möchte ich schließen, ich bedanke mich vorab für die Zustimmung, sofern es eine wird und bin gespannt auf das Abstimmungsergebnis. Dankesehr (*Applaus KPÖ*).

***Der Punkt 1 des Antrages wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP und Piratenpartei) angenommen.***

*Der Punkt 2 des Antrages wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP) angenommen.*

*Der Punkt 3 des Antrages wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP und Piratenpartei) angenommen*

*Der Punkt 4 des Antrages wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, FPÖ, Grüne und Piratenpartei) abgelehnt.*

*Der Punkt 5 des Antrages wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, FPÖ, Grüne und Piratenpartei) abgelehnt.*

#### **4) Neue Impulse für Betriebsansiedelungen und Betriebserweiterungen**

GR.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Bauer** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Bauer**: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte vorab ein paar Bemerkungen einleitend, warum die Motivation für diesen Antrag kam oder gekommen ist. Es ist nicht gekommen, weil in der Stadt nichts passiert, sondern es passiert sehr vieles. Es passiert im Bereich des Wirtschaftsamt es passiert im Bereich des Referates von Arbeit und Soziales viel. Es ist nicht gedacht als Kritik, dass es an der Qualität der Leistung mangelt, sondern es ist allein darauf zurückzuführen, dass wir eine besorgniserregende Entwicklung erleben und ich darf, liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn ihr mir (*Die Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*) euren Blick schenkt, euch etwas zeigen. Ich habe es herausgezeichnet, eine Graphik, die vielleicht



auch bis nach hinten zu sehen ist. An dieser Graphik sind die Veränderungen von Beschäftigung, Bevölkerungsentwicklung und Arbeitslosigkeit im Arbeitsmarkt Bezirk Graz abgebildet. Ich habe nur alle beiden Daten und ich habe das indexiert. Beginnen tut es hier im Jahr 2009 und hier stehen wir heute. Es hat zwei Jahre lang einen Rückgang gegeben und dann ab dem Jahr 2011 einen stetigen besorgniserregenden Anstieg.

***Zwischenruf GR. Dr. Wohlfahrt: Das war die SPÖ-Regierung in Graz.***

GR.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Bauer:** Ich kann dich nicht verstehen, du kannst dich ja dann zu Wort melden. Der mangelnde Anstieg im Beschäftigungsbereich beziehungsweise der große Anstieg in Arbeitslosigkeit verursacht natürlich Probleme. Mein Kollege Klubobmann hat es schon angesprochen. Wir müssten auch, und das hat Herr Stadtrat Rüscher schon erzählt im Ausschuss, dass wir in unserer Region 3.000 Arbeitsplätze pro Jahr schaffen müssten, um die Arbeitslosigkeit auf diesem Niveau zu halten. Ich habe mich dann noch etwas auf die Suche gemacht, um eine Vergleichszahl zu haben, wie schaut es mit den unselbständig Beschäftigten im Raum aus und ich kann Ihnen sagen, dass die Beschäftigung das letzte Mal 2011 um 3.000 Arbeitsplätze im Großraum Graz gestiegen ist. Also in Graz haben wir das gar nicht erreicht. Also insofern sind wir mit einer Entwicklung konfrontiert, die auf mehrere Faktoren zurückzuführen ist. Das eine ist der Zuzug, das andere ist, dass das Arbeitskräftepotential ansteigt und natürlich auch, dass beispielsweise auch Veränderungen am Arbeitsmarkt selbst stattfinden. Wir wissen eben, dass Studierende beispielsweise auch im Tourismusbereich wenig Qualifizierte verdrängen, ersetzen. Also das ist auch ein Faktum. Dann habe ich mir die Frage gestellt, was gilt es zu tun, wer muss was tun? Ich habe auch ein paar Menschen gefragt

und gesagt, was müsst ihr tun? Was kann man angreifen? Die meisten haben gesagt, wir brauchen eine bessere Konjunktur. Ja, auf das müssen wir lange warten. Vielleicht soll der Bund etwas tun, vielleicht soll das Land etwas tun. Hier wissen wir um die großen Rahmenbedingungen beispielsweise auch die Hypo, die uns diese Tage massiv beschäftigt hat und rund 2.000 Euro pro Jahr und Kopf kosten wird. Also hier haben wir auch noch Lasten zu tragen. Dann die Frage, was kann die Stadt tun? Die Stadt tut sehr viel, auch im eigenen Bereich, es wird investiert, der Investitionsrahmen wurde heute schon erwähnt, es werden in den öffentlichen Unternehmen im Hause Graz sehr viele Menschen beschäftigt, aber wir müssen uns über die Möglichkeiten den Kopf zerbrechen, wie wir unseren Standort stärken und ich möchte es noch einmal sagen, es ist nicht als Kritik an der Arbeit geschuldet, sondern wir haben ein systematisches Problem anhand der Zahlen. Und dazu fällt mir auch ein Spruch ein, der manchmal ein Motto sein kann: „Ist der Weg noch so steil, ein bisschen geht allemal“ und das soll man uns auch zugute führen. Wenn wir und meine Intention ist, dass wir in unserem eigenen Bereich, in unserem Bereich die Frage stellen, wie können wir den Standort stärken? Wie können wir im Wettbewerb mit den 400 gleichgerichteten Regionen noch viel besser werden? Tun wir alles, dass wir unsere Assets bestmöglich verkaufen? Haben wir alle PartnerInnen miteinbezogen? Bewerben wir alles ausreichend? Können wir von anderen lernen? Das sind so die Fragen, die sich hier rundum stellen, um mehr Beschäftigung in der Stadt zu erwirken. Ich möchte mich vorab schon einmal bedanken für die intensiven Diskussionen, die auch stattgefunden haben. Es hat einen Änderungswunsch gegeben seitens der grünen Fraktion, wonach wir uns auch geeinigt haben, dass ich das gleich mitaufnehmen darf und zwar der Antragstext lautet, den darf ich hier gleich verlesen.

Namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich daher den

### **d r i n g l i c h e n   A n t r a g :**

Wirtschaftsstadtrat Univ.-Doz. Dipl.-Ing. Dr. Gerhard Rüschi sowie die für Arbeit und Beschäftigung zuständige Stadträtin Martina Schröck werden beauftragt, im Sinne des vorliegenden Motivenberichtes und unter Einbindung der WK, der IV, des AMS, der AK eine ressortübergreifende Stärken-/Schwächen-Analyse der Aufgabenfelder „Betriebsansiedlungen/-erweiterungen“ und der vorhandenen erforderlichen Qualifikation auf ArbeitnehmerInnenseite für das gesamte Haus zu veranlassen und dem Gemeinderat bis Oktober einen Bericht vorzulegen. Dankeschön (*Applaus SPÖ*).

GR. Mag. **Frölich** zur Dringlichkeit: Frau Bürgermeisterstellvertreterin, liebe Antragstellerin! Zunächst ein Lob, du hast wieder einmal einen dringlichen Antrag nicht verlesen, sondern du hast argumentiert und dann den Antragstext, das tut gut immer wieder, wenn man nicht den Text vor sich hat und der wird dann so verlesen. Hast keine Brille mitgebracht, gut. Ein bisschen verwundert war ich schon, weil diese Zahlen, die du präsentiert hast, zumindest ich wundere mich halt darüber, weil du doch ein bisschen die Tradition der Kronen Zeitung der letzten Wochen fortsetzt und doch ziemlich kritisch auch dich an deine Stadträtin wendest, das Referat für Arbeit und Beschäftigung müsste sich ja dort finden, wo es darum geht, diese Probleme nicht nur zu lösen, sondern sie ganz, ganz intensiv zu bearbeiten. Aber ich will auf ein anderes Thema eingehen, es ist ein sehr komplexes Thema und Arbeitslosigkeit ist natürlich immer dringlich, nicht dringlich sind für mich jedenfalls die hier von dir formulierten Fragen. Ich möchte aber auf einen Punkt eingehen, wir können als Stadt sicher keinen Arbeitsplatz schaffen, was wir tun können als Stadt, ist Standortqualität für Unternehmen sicherzustellen. Wo kommen die Arbeitsplätze her, die kommen natürlich von Unternehmen und das ist Lehrbuchwissen, wann kommt ein Unternehmen in die Stadt und wann bleibt ein Unternehmen in der Stadt? Wir müssen zwei Dinge tun. Wir müssen unsere Leitbetriebe, die arbeitsplatzintensiven Betriebe,

die sich im städtischen Bereich befinden, servieren. Da bin ich mir sicher, dass die Interessensvertretungen, dass die Wirtschaftsabteilung, du weißt es auch schon aus dem letzten Wirtschaftsbericht, ich will es nicht verlesen, jeder kann selbst nachlesen, was alles getan wird von Seiten der Wirtschaftsabteilung für die Leitbetriebe, damit die Standortqualität für die Betriebe hier gegeben ist. Was ist Standortqualität? Ich möchte es ganz kurz dazusagen. Weil dafür müssen wir hier mit jeder Entscheidung, mit jeder Sitzung sorgen. Es gibt harte Faktoren, es gibt weiche Faktoren und überall müssen wir uns wiederfinden. Die harten Faktoren sind die Verkehrsanbindung, das Flächenangebot, die Lage zu Bezugs- und Absatzmärkten, wo finden wir uns da? Förderangebote, warum ist der Zugang zu Sozial- und Kulturbereich zu Förderungen viel, viel einfacher als für Unternehmen, dort müssen wir ansetzen. Weiche Standortfaktoren, und da finden wir uns in all unseren Entscheidungen hier wieder, die zunehmende Bedeutung dieser weichen Standortfaktoren, die ist festgeschrieben auch in der Wissenschaft, weil in ganz Mitteleuropa, im ganzen mitteleuropäischen Raum alle wichtigen harten Standortfaktoren praktisch überall gleichmäßig gut vorhanden sind. Da haben wir keinen USP, den können wir nicht erfinden. Also es geht hier bei diesen weichen Faktoren unternehmensbezogen um Wirtschaftsklima und regionales Image, um Hochschul- und Forschungseinrichtungen, um ein innovatives Milieu, das sind die Punkte und jeder unserer Tagesordnungspunkte, die wir da haben, hat immer wieder was damit zu tun. Es geht um Wissenstransfer, es geht bei den personenbezogenen weichen Standortfaktoren um die Qualität von Schulen und Ausbildungsstätten, es geht um die Qualität der sozialen Infrastruktur, es geht um die Qualität des Wohnens, die Umweltqualität, Freizeitwert, das alles ist für Personen, die ein Unternehmen gründen wollen, die in die Selbständigkeit gehen, eine Standortqualität. Es geht um den Reiz einer Stadt und einer Region und wir hier können als Stadt, als Gemeinderat alles dazu tun bis hin zur Verwaltung rasche Entscheidungen, rasche Verfahren alles tun, um Unternehmen den Standort Graz attraktiv zu machen, um Unternehmen hier einen Reiz zu bieten, dazubleiben beziehungsweise auch hierherzukommen. Eines müssen wir auch akzeptieren.

Stahlproduzierende Unternehmen, die eine neue Gießerei machen wollen, haben andere Kriterien hierherzukommen wie beispielsweise eine Werbeagentur. Ich bin fest davon überzeugt, dass Interessensvertretungen, du erwähnst Industriellenvereinigung, du erwähnst die Wirtschaftskammer, aber auch die Wirtschaftsabteilung in einer hohen Qualität mit ausgesuchten Experten alles tun, dass die Standortqualität von Graz gut ist und immer besser wird. Mit diesen Fragen, die da gestellt werden, kann ich wirklich nichts anfangen. Trotzdem werden wir der Dringlichkeit zustimmen, weil das Thema Arbeitslosigkeit natürlich ein wichtiges ist. Ich bedanke mich auch für die Minute, die Sie mir geschenkt haben an mehr Redezeit (*Applaus ÖVP*).

GR. Dr. **Wohlfahrt**: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Dass das Thema dringlich ist, in Anbetracht der Ausführungen, in Anbetracht der Arbeitslosigkeit hatten wir heute schon, ist, glaube ich, nicht die Frage, wir werden es auch unterstützen. Trotzdem ein bisschen eine Verwunderung löst bei mir der Antrag schon aus. Das Erste ist die Bemerkung... mein Zwischenruf, dass die Arbeitslosenzahlen so gestiegen sind, liegt an der Konjunkturlage so quasi, wir wünschen uns eine bessere Konjunktur, das stimmt schon, nur ein bisschen was... Stadt Graz auch, vielleicht sind das halt die fehlenden Investitionsprojekte, die ich hier heraußen schon öfter bemängelt habe, die werden halt auch ein Eizerl beilegen, aber ich weiß schon, es ist ein Spannungsverhältnis mit Sparen usw. Sie kennen meine Einstellung, wir übertreiben wahrscheinlich das Sparen ein wenig und schauen zu wenig auf Arbeitslosigkeit. Danke für diesen Antrag, ich glaube, wir müssen diesen Antrag unterstützen, wir müssen aber selbst unseren Beitrag leisten. Hier gibt es ein Spannungsfeld zwischen Einsparungen, zwischen Budget und Arbeitsplatzauswirkungen. Was mich jetzt wirklich nachdenklich stimmt ist, wenn der Gemeinderatsklub der SP den Gerhard Rüscher und die Martina Schröck ersucht, das zu machen. Ich hätte mir gedacht, dass das automatisch geht, dass das

stattfindet, dass das, wenn es nicht schon stattfindet, dass man das intern machen kann. Vielleicht ist das auch ein bisschen das Problem, warum die Signale nach außen fehlen, also das kann für mich nicht ganz sein, dass hier im Gemeinderat so ein dringlicher Antrag in diese Richtung geht. Ich hätte gehofft, dass man sich das einfach ausredet, wenn es keine Koalition gibt, dann unter den Budgetpartnern, wir müssen ja auch eine Vorzeigewirkung entfalten, wir müssen dafür stehen, dass hier weitergeht, hier Symbole setzen. Wenn das über dringliche Anträge geht und nicht über interne Diskussionen und Projekte, dann bin ich etwas verwundert, aber wenn es notwendig ist, wir unterstützen den Antrag gerne mit etwas Verwunderung allerdings (*Applaus Grüne*).

GR.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Bauer**: Ich möchte den beiden Rednern gerne... ihr habt gesagt vieles, was richtig und wichtig ist, aber es ist auch vieles, was wir auch zu debattieren haben. Der Punkt ist der, wir brauchen die große Zahl. Es ist die große Zahl an Menschen, die keine Beschäftigung haben und das müssen wir uns vor Augen führen. Ich bin natürlich auch, und habe viele Menschen jetzt gefragt, was können wir tun. Nur wir brauchen die große Zahl und die große Zahl, damit wir etwas erreichen, auch an einfachen Arbeitsplätzen, weil nicht alle arbeitslosen Personen wollen und können in Schulungen gehen, weil sie demotiviert sind, auch sich teilweise noch nichts zutrauen. Das heißt, da wäre eine einfache Arbeit wieder der Einstieg und dann wäre wieder die Schulung notwendig. Ich weiß, es gibt so viele Wege dazu, es wird auch von mir habe ich... das Allwissen, aber es ist einmal eine Notwendigkeit, meine ich, hier eine Diskussion anzustoßen, die Punkte aufzugreifen und wenn wer was tun soll, ich hätte am liebsten die ganze Stadtregierung hineingenommen und hätte gesagt, bitten Herr Bürgermeister koordiniere über das Haus Graz, das wäre noch das Bessere aus meiner Perspektive, weil ja das nicht nur einer allein machen kann und das ist ein Thema, das uns alle beschäftigt. Danke (*Applaus SPÖ*).

***Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.***

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch** zum Antrag: Hoher Gemeinderat! Die Beschäftigung des Wirtschaftsressorts mit diesem dringlichen Antrag zählt, glaube ich nicht, zu jenen Beschäftigungsmaßnahmen, die Arbeitsplätze bringen. Erste Bemerkung dazu. Das Zweite ist, wir müssen, glaube ich, bevor wir dazu diskutieren, einfach einmal abstecken, was kann die Stadt machen. Es ist heute schon gesagt worden: Arbeitsplätze schafft man letztlich nur über unternehmerische Tätigkeit in welchen Bereichen auch immer. Es gibt natürlich die Aufgabe der Konjunkturpolitik, und wir sind uns alle einig, diese Aufgabe kann, wenn überhaupt, der Bund wahrnehmen, bei den internationalen Verflechtungen ist da auch die EU mitgefordert. Das Land kann dann, was weiß ich, etwa eine Winteroffensive im Bau noch machen, alles das ist für die Stadt aus institutionellen, vor allem aber aus finanziellen Gründen nicht möglich. Das heißt also, was kann die Stadt tun, und ich kann da dem Kollegen Wohlfahrt nur beipflichten, ich bin auch wirklich sehr verwundert über diesen Antrag, weil wir ja wöchentlich zusammensitzen und überlegen, wie machen wir weiter in der Stadt, wo sind die verschiedenen Projekte und ich denke, das wäre wunderbar gewesen, wenn wir am letzten Montag darüber gesprochen hätten und dann irgendeine Aktion setzen. Zumal, und das ist mir sehr wichtig, ich möchte Ihnen einfach gerne einmal sagen, was wir bereits tun, wozu wir also über einen dringlichen Antrag nicht gefragt werden müssen. Ich glaube, dass die Stadt sehr viel tut, ich rede jetzt einmal für das Wirtschaftsressort. Ich glaube, dass das Wirtschaftsressort sehr viel tut, um die Rahmenbedingungen, die wir beeinflussen können, zu machen. Das man was besser machen kann, ist ja außer Streit und wenn da Vorschläge kommen, sind wir jederzeit bereit. Das Erste ist einmal, dass wir uns ganz, ganz gezielt über unsere

Leitunternehmen in der Stadt bemühen, das sogenannte Key-Account-Management, wie das eben Neudeutsch heißt, wir haben allein fünf in den letzten Wochen und Monaten besucht, die immerhin 16 % am gesamten Kommunalsteueraufkommen machen und dabei gehen wir natürlich auch zu Unternehmen, die Betriebsausweitung vorhaben, das ist etwa die GAW, das ist Denzel Elektro, das ist die Firma Siemens und stellen uns dort erstens einmal als Dienstleister zur Verfügung, die Wirtschaftsabteilung koordiniert alles, wenn ich das nochmals betonen darf, innerhalb des Hauses Graz, über die Verkehrsplanung, über die Behörde, wir machen das selbstverständlich auch mit Kammern und gerade in dem einen Fall selbstverständlich auch in Abstimmung mit der Industriellenvereinigung. Wir haben einen Klub International gegründet, meine Vorgängerin, die es Menschen, die gerade zu diesen großen Unternehmen kommen, nicht immer Deutsch können, zum ersten Mal in einem deutschsprachigen Land sind, zu unterstützen, aber nicht nur diejenigen bei, was weiß ich, Kinderbetreuung usw. Zeit ist leider schon um, ich lasse das in dem Fall, weil mir ein paar andere Dinge und ich hoffe, dass Sie mir da die Zeit geben, sehr wichtig sind. Wir haben etwa ein Gründungspaket, in dem wir ebenfalls gemeinsam mit den anderen Institutionen da tatsächlich auch unterstützen. Sie müssen übrigens nur einen Blick in den Wirtschaftsbericht hineingeben, den wir verteilt haben, wir haben den auch vor wenigen Tagen vorgestellt und da sind auch die einzelnen Maßnahmen drinnen. Wir sind selbstverständlich, am Samstag ist die Gründermesse, die große Gründermesse in der Stadthalle gemeinsam mit dem Land Steiermark, mit der Wirtschaftskammer, mit der Steiermärkischen Sparkasse sind wir selbstverständlich auch mit dabei. Ich möchte gerne auf etwas noch hinweisen. Das, was für Unternehmer und Unternehmerinnen sehr, sehr wichtig ist, und ich habe auch beim vorhergehenden Antrag gedacht, das ist, dass die Personen, die bereit sind, die mutig sind, die Risiko übernehmen, auch eine Wertschätzung benötigen und das ist aus meiner Sicht ganz, ganz wichtig. Wenn Sie etwa denken, was muss ein Gründer oder eine Gründerin an Bürokratieslalom unternehmen, um ein Geschäft zu gründen. Ich sage es einmal ganz offen und vielleicht auch ein bisschen hart, wir muten den Personen, die einen Heizkostenzuschuss



bekommen, nicht einmal mehr den Weg ins Amt zu, das wird automatisch übertragen, überwiesen auf das Konto, aber wenn jemand eine Produktion gründen will oder ein kleines Unternehmen, dann gibt es einen Bürokratielauf. Das sind Dinge, die vielleicht nicht dramatisch wirken, aber das sind so kleine Dinge, bei denen wir sagen, wo ist hier die Wertschätzung für den, für diejenigen, die eben diesen Mut haben und die auch dieses Risiko bereit sind zu gehen (*Applaus ÖVP*)? Ich hätte mir zum Beispiel viel eher einen Antrag der SPÖ gewünscht, wo Reformvorschläge drinnen sind, Reformvorschläge, wie wir unsere Abteilungen, durchaus auch unsere Beteiligungen besser, effizienter organisieren können, dass wir hier vielleicht zusätzliche Mittel herausbekommen, um genau das zu machen, wo ich auch mit dem Gerhard Wohlfahrt einer Meinung bin, nämlich mehr zu investieren. Wir wissen genau, die wichtigste Arbeitsplatzmaßnahmen, die wir setzen können, das sind Investitionen, bei unseren 120 Millionen schaffen wir zirka 1000 Arbeitsplätze, könnten wir das um zehn Millionen erhöhen, wären wir in unserer laufenden Gebarung, sage ich jetzt, um zehn Millionen besser, hätten wir zusätzliche 100 Arbeitsplätze, ganz grob gesprochen. Das sind Dinge, die aus meiner Sicht helfen, die auch, denke ich, unserem Arbeitsübereinkommen, das wir gemeinsam haben, durchaus angepasst wären und wo wir dann tatsächlich, denke ich, auch einen Erfolg haben können. Michael Grossmann, du hast es vorhin gesagt und hat mir sehr gut gefallen, es hat mich auch sehr bewegt, wir müssen sehr viel unternehmen, um das hohe Niveau am sozialen Netz, das wir haben, abzusichern. Einverstanden, aber glauben wir bitte nicht, wir müssen ebenfalls so viel unternehmen, um jenen Menschen, die bereit sind, Risiko zu übernehmen, ich wiederhole das nochmals, mutig sind, eine Produktion zu beginnen, dass wir jene Menschen genauso nicht verlieren und da müssen wir genauso aufpassen. Sie wissen nur ein Datum zum Ende vielleicht, das Budget der Wirtschaftsabteilung ist seit vielen, vielen Jahren konstant, heuer 2014 zum ersten Mal ausgeweitet, im Wesentlichen deshalb, weil wir die Kreativ-Wirtschaft, und das ist ja ein Schwerpunkt, bei dem wir, denke ich, sehr vieles gemacht haben im Bereich der Co-Working-Spaces usw., wo es eben auch um diese jungen aktiven Menschen geht...

Bgm.-Stv.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> Dr.<sup>in</sup> **Schröck**: Ich bitte dich, langsam zum Ende zu kommen, du bist vier Minuten drüber.

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Mache ich, den Satz darf ich noch fertig sagen, wo wir, habe ich vergessen, muss ich noch einmal kurz nachdenken. Wo wir jedenfalls uns sehr bemühen, dass wir hier wirklich einen Schwerpunkt setzen. Ich denke, das sollten wir gemeinsam machen, ich lade ebenfalls dazu ein, wir sind ja auch dafür bei dem Antrag, wie ich am Ende nochmals sagen darf und ich denke, wenn wir da gemeinsam uns in dieser Richtung bewegen, dann wird es auch sicherlich zu einem Effekt führen, den wir insgesamt selbstverständlich uns alle wünschen für Graz. Danke (*Applaus ÖVP*).

Bgm.-Stv.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> Dr.<sup>in</sup> **Schröck**: Lieber Gerhard Rüsch, ich möchte jetzt schon eines anmerken. Ich finde es etwas zynisch, den Zugang zu Leistungen innerhalb der SozialCard mit dem Bescheidwesen in anderen Abteilungen zu vergleichen. Es liegt sehr stark auch an der ÖVP, nachdem es auch gerade aus ÖVP-regierten Abteilungen immer wieder Beschwerden gibt, wie lange einzelne Bescheidverfahren dauern, dass ihr das selber ändert und das hat aus meiner Sicht hier nichts zu suchen, da jetzt einen Vergleich zur Sozialcard beziehungsweise zur Auszahlung des Heizkostenzuschusses zu ziehen.

GR. **Grossmann**: Jetzt muss ich euch schon wieder eine meiner Wortmeldungen zumuten. Um den zahlreichen Verwunderungen noch eine hinzuzufügen, darf ich

sagen, ich bin auch verwundert, was für ein hohes Ausmaß an Aufregung sozusagen unser Antrag verursacht hat, nicht dass die Aufregung über das hohe Maß der Arbeitslosigkeit und die negativen Aussichten, sondern über die Fragestellung, dass wir es hier eingebracht haben, möchte ich jetzt aber die Gelegenheit nutzen, der Verwunderung Aufklärung entgegenzusetzen. Erste aufklärende Maßnahme, warum bringen wir einen dringlichen Antrag in den Gemeinderat ein und besprechen das nicht, was wir ja ohnehin tun, nur in unserer gemeinsamen Runde? Aus einem ganz simplen Grund, die Menschen, die in Graz zu Hause sind und von der wirtschaftlichen Situation momentan und von der sehr schwierigen Situation am Arbeitsmarkt insbesondere betroffen sind, erwarten sich aus unserer Sicht, dass sich das höchste Gremium dieser Stadt, die größte politische Vertretungskörperschaft dieser Stadt mit diesem für sie besonders fürchterlichen Thema auseinandersetzt und klare Position bezieht. Und deshalb ist es für uns wichtig, dass wir uns hier herinnen diesem Thema auch im Rahmen eines Antrages widmen. Zweites aufklärendes Moment, Herr Stadtrat, du hast sehr umfassend dargelegt und das hat die Susi Bauer auch in ihrer Einleitung ja angemerkt, wie viel wir in der Stadt tun und wir hatten auch die Gelegenheit, im Vorfeld ja miteinander zu diskutieren, es steht deshalb auch da drinnen, Stärken-/Schwächen-Analysen, das bedeutet für uns, dass es auch ein Moment natürlich der Wertschätzung gegenüber unternehmerisch tätigen Menschen ist und dass es auch ein Moment ist, einen, wie es der Klaus Frölich gemeint hat, sogenannten „weichen“ Standortfaktor hervorzukehren, nämlich dass die Stadt in einem solchen Bericht klarlegen kann, wie viele Initiativen, wie stark die Unterstützung, wie intensiv das Bemühen der Stadt ist, ein unternehmerfreundliches und damit arbeitsplatzschaffendes Klima in der Stadt zu haben. Und ich denke, dass es ganz wichtig ist, dass wir gemeinsam etwas tun, auch angesichts der wirklich schwierigen Situation am Arbeitsmarkt und der dramatischen Entwicklung der Arbeitslosigkeit, insbesondere in unserer Stadt Optimierungspotentiale nach allen Möglichkeiten auszuloten und dazu möchten wir mit diesem Antrag gemeinsam einladen und ich bin

auch sehr dankbar, dass er, soweit ich das jetzt einschätzen kann, eine große Mehrheit finden wird. Dankeschön (*Applaus SPÖ*).

GR.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Bauer**: Ich bedanke mich für die Diskussionsbeiträge. Herr Stadtrat auch, ich glaube, wir sind in einigen Punkten nicht weit auseinander, es ist wichtig, dass Unternehmen Arbeitsplätze schaffen, die Gründungen sind wichtig und das können wir alles unterstreichen. Dass die Bürokratie bei manchen kleineren Unternehmen sehr groß ist, wissen wir, aber es hat jetzt auch einer Regelung gegeben, dass die Betriebsanlagengenehmigungen bei kleineren Unternehmen keinen eigenen gesonderten Genehmigungsverfahren mehr unterzogen werden müssen. Als Gemeinderätin oder als Gemeinderat wissen wir auch immer um unsere Handlungskompetenzen und Möglichkeiten Bescheid und das sind nur dreierlei. Wir können Anträge stellen, und ich bedanke mich, dass ich hier die Gelegenheit habe, den zu stellen und von euch unterstützt zu werden. Herr Stadtrat, den Vorschlag besser, also Sie hätten sich Vorschläge erwartet, besser organisiert oder mehr investiert, ich habe ein paar, ich gebe sie Ihnen und ich bringe sie natürlich auch gerne in die Debatte ein, weil im Lesen ist man ja auch einiges aufgefallen. Aber ich wollte nicht besserwissen als Sie und deswegen habe ich es hier gar nicht aufgezählt. Dankeschön trotzdem (*Applaus SPÖ*).

***Der Antrag wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP) angenommen.***

## **5) Aufrechterhaltung der Qualitätsstandards in Gewerbe und Handwerk**

GR.<sup>in</sup> **Schönbacher** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR.<sup>in</sup> **Schönbacher**: Sehr geehrte Zuhörer! Mir geht es um die Aufwertung, um die Erhaltung unserer Qualitätsstandards. Stellen Sie sich jetzt einmal vor, Sie wollen ihre Wohnung oder ihr Haus renovieren. Was machen Sie dann? Sie beauftragen einen Handwerker und Sie können sich dank unserer Qualitätsstandards darauf verlassen, dass unsere Handwerker auch über das nötige Fachwissen verfügen, um Ihren Auftrag auch zu Ihrer Zufriedenheit ausführen zu können. Das ist eine sehr angenehme Sicherheit für uns Konsumenten. Deshalb ist es wichtig, die Meisterprüfungen aufrecht zu erhalten. Jährlich steigen die abgeschlossenen Meisterprüfungen und Befähigungsprüfungen, aber auch die Unternehmerprüfungen. Das ist für uns Konsumenten ein sehr wichtiger Faktor. Laut Sparte Gewerbe und Handwerk in der Steiermark haben wir über 9.500 Arbeitgeberbetriebe, über 110.000 Beschäftigte, davon sind 31,1 % Frauen, über 2.600 Lehrbetriebe und über 7.300 Lehrlinge. Das ist auch ein wichtiger Faktor gegen die Jugendarbeitslosigkeit. Die Branche befindet sich also im Aufwind durch diese Mehrablegung der Befähigungsnachweise und das ist für uns Konsumenten etwas sehr Wichtiges. Es garantiert die Qualität, aber auch unsere Ausbildungsplätze. Wir haben wirklich ein tolles Ausbildungssystem, das kombiniert ist durch die Praxis im Betrieb und die Theorie in der Schule. Unsere Betriebe sind zuverlässige Partner in Hinsicht auf Qualität und stärken auch unseren heimischen Wirtschaftsstandort. Unsere Fachbetriebe haben ein sehr großes Fachwissen und geben dieses Wissen auch an unsere Jugend weiter, was für uns auch als Konsumenten sehr, sehr wichtig ist. Die Qualitätsstandards der Meister- und Familienbetriebe versprechen aber auch krisensichere Arbeitsplätze. Die Zukunft unseres Fachkräftenachwuchses soll durch diese Ausbildungsstandards gesichert sein und Begabungen und Talente gefördert werden. Jetzt gibt es aktuelle Umfragen in Österreich und die besagen, dass 95 % der Konsumenten sprechen sich für hohe Qualität der Meisterbetriebe oder die Leistungen der Meisterbetriebe aus. 93 % der

Kunden fühlen sich sicher, wenn sie einen geprüften Handwerksbetrieb beauftragen und 68 % der Bevölkerung lehnen die Abschaffung der Meisterprüfung ab. So, nun kommt die EU, und möchte die zuständige EU-Kommission möchte jetzt mit Nachdruck eine Liberalisierung herbeiführen, das würde bedeuten, dass unsere Qualitätsstandards nicht mehr wirklich gesichert sind. In Deutschland wurde das 2004 umgesetzt diese Liberalisierung und die Hälfte der Handwerksbetriebe, da wurde die Meisterprüfung abgeschafft. Das hat einen großen Anstieg der Betriebsgründungen zur Folge gehabt, aber all diese Betriebe bilden jetzt nur mehr 5 % der Lehrlinge aus, es ist wirklich ganz alarmierend und erschreckend hinsichtlich der Jugendarbeitslosigkeit und zukünftig auch des Fachkräftemangels. Keine qualifizierten Betriebe sind das oder sehr oft sind es keine qualifizierten Betriebe, das ist für den Konsumenten sehr schlecht und bedeutet deswegen einen Vertrauensverlust an das Handwerk. Zusätzlich ist noch der Unterbietungswettbewerb dort im Gange und es gibt sehr viele oder immer mehr Billig-Betriebe, das heißt, die Unternehmer beuten sich selbst sehr stark aus und trotz Arbeit sehen einer Armut in Zukunft entgegen durch diese Billig-Angebote, denen sie unterliegen.

Ich habe jetzt in der Schuldnerberatung nachgefragt und es gibt sehr viele Ein-Personen-Unternehmen, auch bei uns, die kurz vor dem Konkurs stehen. Die haben jetzt schon zum Teil eine unzureichendes Wissen, um ihre Kennzahlen ablesen zu können und kommen deswegen zur Schuldnerberatung oft viel zu spät, um noch rettende Maßnahmen einleiten zu können, das ist auch meiner Meinung nach sehr alarmierend.

Deshalb sollten die Stadt Graz sich dazu bekennen, die Meister- und Befähigungsprüfungen zu erhalten und auch aufzuwerten für einen fairen Wettbewerb, für den Schutz der Konsumenten und für die Erhaltung der Ausbildungsstandards, das garantiert uns eine hohe Überlebensfähigkeit unserer Unternehmen. Für den Wirtschaftsstandort Graz und das soll eine Maßnahme auch gegen die Jugendarbeitslosigkeit sein.

Daher stelle ich im Namen des freiheitlichen Gemeinderatsklubs folgenden

**d r i n g l i c h e n   A n t r a g :**

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Stadt Graz erkennt vor dem Hintergrund hoher Arbeitslosigkeit, dass nur vorausschauende Strategien langfristig zu einer nachhaltigen Entschärfung der heimischen Arbeitsmarktsituation beitragen werden, sie bekennt sich zur Aufrechterhaltung der Qualität ihrer Handwerksbetriebe und lehnt aus diesem Grund eine weitere Liberalisierung von Berufszugangsvorschriften, wie sie von der EU-Kommission gefordert wird, entschieden ab. Diese Erklärung ist den zuständigen Stellen des Bundes auf geeignete Weise zur Kenntnis zu bringen.

Ich bitte Sie um eine breite Zustimmung (*Applaus KPÖ und FPÖ*).

*Stadtrat Dipl.-Ing. Dr. Rüscher übernimmt um 17.10 Uhr den Vorsitz.*

GR.<sup>in</sup> **Schönbacher**: Für mich stellt dieser Antrag eine Wertschätzung für die Leistung der Betriebe dar und es ist sehr wichtig für uns alle, denn wenn unsere Wirtschaft gut funktioniert haben wir alle etwas davon. Danke.

*Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.*

GR.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Pavlovec-Meixner** zum Antrag: Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste! Für uns und für mich ist das nicht so einfach mit diesem dringlichen Antrag. Ich habe mir das heute sehr genau angeschaut und möchte auch ein bisschen das Ergebnis meiner Recherchen hier darlegen. Die österreichische Gewerbeordnung stammt aus dem Jahr 1859, sie war damals ein sehr liberales Gesetz und dann ist Folgendes passiert. Jedes Mal, wenn es eine Wirtschaftskrise gegeben hat, jedes Mal, wenn es eng geworden ist, dann hat es härte Zugangsbeschränkungen gegeben, um die bestehenden Gewerbe zu schützen. Mittlerweile ist die österreichische Gewerbeordnung sehr, sehr rigide, sie ist eigentlich ein Marktabschaffungsgesetz. Ja, es ist auch richtig, dass es seitens der EU Druck gibt, Zugangsbeschränkungen zu beseitigen, ich habe mich da heute noch bei der Wirtschaftskammer in Wien und auch im Wirtschaftsministerium kundig gemacht, es war so, dass in den letzten Wochen alle Branchen, alle Sparten aufgefordert wurden zu melden, welche Gewerbe reglementiert sind und welche nicht reglementiert sind und mir wurde seitens des Wirtschaftsministeriums auch gesagt, dass das mit dem Druck von der EU mittlerweile, nachdem sie verstanden haben, warum was wie geregelt ist, auch nicht mehr so stark ist, also dass der Druck zurückgegangen ist. Es ist bei uns auch so, dass Qualitätssicherung und Lehrlingsausbildung wichtige Themen sind. Sie dürfen aber aus unserer Sicht keine Berufshemmnisse darstellen. Gerade was jetzt Gewerbe und Handwerk betrifft, sind wir der Meinung, dass von den existierenden 80 reglementierten Gewerben 40 freizugeben sind, nämlich genau jene, wo keine Gefahr für Leib und Leben besteht. Warum? In der ganzen EU können junge Menschen einen Schneidersalon eröffnet, in Österreich können sie das nicht. Nagel-DesignerInnen dürfen in Österreich keine Fußnägel lackieren, das dürfen nur PedikürInnen. Wenn jemand 100 m<sup>2</sup> Stoff hat, darf sie oder er keine Hosen schneiden, aber sie oder er darf Fallschirme produzieren, weil Fallschirmproduktion ein freies Gewerbe ist. Im Streit um die Freigabe des Fotografengewerbes, das hat erst vor kurzem stattgefunden, hat der Verwaltungsgerichtshof eindeutig festgestellt, Qualitätssicherheit ist kein Grund, um Gewerbe einzuschränken. Nur dort, wo es um Gefahr für Leib und Leben geht, ist das



gerechtfertigt. Und Karl Aiginger vom Wirtschaftsforschungsinstitut, von der Wifo, hat bei einer Tagung vor kurzem festgehalten, die österreichischen Wettbewerbshemmnisse, die österreichische Gewerbeordnung nehmen uns 0,5 % des Wirtschaftswachstums jedes Jahr. Wir sind der Meinung, dass Qualitätssiegel und Normen helfen Unternehmen, den Mehrwert ihres Angebotes hervorzuheben, dazu braucht es aber keine Reglementierungen der Gewerbeordnung und was Qualität ist, bestimmen letztlich Kundinnen und Kunden und es bestimmt nicht die Wirtschaftskammer und es bestimmt auch nicht die Stadt Graz. Wir treten daher dafür ein, dass wir diese Wettbewerbshemmnisse überall dort wegbekommen, wo keine Gefahr für Leib und Leben besteht, wo es nicht um Gesundheit und Sicherheit von Menschen geht. Daher werden wir dem Inhalt des dringlichen Antrages der FPÖ nicht zustimmen (*Applaus Grüne*).

GR.<sup>in</sup> **Bergmann**: Liebe Kollegen und Kolleginnen! Wir werden dem Antrag zustimmen. Ich habe jetzt nicht genau recherchiert, möchte ich sagen, möchte aber einfach ein Beispiel, das ich selbst erlebt habe vor zwei Jahren. Wie Sie vielleicht wissen, wir haben einen Gewerbebetrieb und der wurde innerhalb der Familie übergeben und welche Schwierigkeiten wir dabei gehabt haben, ob das jetzt bürokratische Hürden sind oder ob das jetzt Reglementierungen sind, das möchte ich hier gar nicht ausführen, das würde zu lange dauern. Aber diese Erfahrung hat mir gezeigt, wir waren damals sehr intensiv mit dem Gründerservice in Kontakt und da haben wir die Auskunft bekommen, dass es in Österreich über 1.500 freie Gewerbe gibt und dass jeder, der ein freies Gewerbe ausübt, in Wirklichkeit mit einem Fuß bereits dort steht, wo er nicht stehen sollte, nämlich weil er Dinge ausführt, die er gar nicht, laut Gewerbe, gar nicht ausführen dürfte. Ich glaube, in Österreich ist es dringend an der Zeit, diese Gewerbelandschaft generell einmal zu überdenken. Der heutigen Zeit anzupassen, was aber für mich nicht heißt, dass diese Liberalisierung jetzt durchgeführt werden sollte,

denn es ist, glaube ich, ganz wichtig, dass wir Handwerksbetriebe erhalten, dass wir auch Handelsunternehmen, die jetzt in Spezialgebieten arbeiten, erhalten und dass wir hier die Fachkräfte ganz einfach dringend brauchen im Sinne der Kunden, aber auch im Sinne der Lehrlingsausbildung. Denn auch diese, wir haben heute schon gesprochen über Arbeit, Beschäftigung, denn gerade diese Lehrlingsausbildung, die hinkt enorm. Wir haben zwar auf der einen Seite ein gutes Modell, aber auf der anderen Seite, wenn man sich dann im Speziellen in kleineren Bereichen die Inhalte dieser Lehrlingsausbildung, die Ausbildungsprogramme anschaut, dann denke ich mir, da können wir nicht unbedingt stolz darauf sein und aus diesem Grund sind wir gegen diese Liberalisierung und werden dem Antrag zustimmen. Danke (*Applaus KPÖ*).

GR.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Pavlovec-Meixner**: Ich würde gerne einen Abänderungsantrag folgenden Inhalts stellen: Nämlich, die Gewerbeordnung in der Branche Gewerbe und Handwerk überall dort zu liberalisieren, wo keine Gefahr für Leib und Leben besteht, und ich bitte um Annahme dieses Abänderungsantrages (*Applaus Grüne*).

GR. Mag. **Sippel** zur Geschäftsordnung: An und für sich in der Geschäftsordnung steht drinnen, dass man schon Abänderungsanträge einbringen kann auch jederzeit, aber wir haben vor kurzem eine Vereinbarung getroffen, dass wir bis 10.00 Uhr am Tag der Gemeinderatssitzung uns gegenseitig die Abänderungsanträge zukommen lassen. Insofern ist das jetzt ein bisschen schwierig, da in der Hitze des Gefechtes das auch entsprechend zu beurteilen. Also ich bitte schon, sich an das zu halten und in dem Fall, also ich kenne den Abänderungsantrag jetzt schriftlich noch gar nicht, entsprechend da vielleicht sich noch einmal zu überlegen, den jetzt einzubringen, weil wenn man mit

dem jetzt wieder anfangen, dann sind wir wieder dort, wo wir vor dieser Vereinbarung waren.

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Ich würde zunächst einfach einmal darauf hinweisen, dass eben laut Statut der Abänderungsantrag jederzeit eingebracht werden kann.

*Zwischenruf GR. Mag. Fabisch: Ist es ausgemacht oder nicht?*

GR. Dr. **Wohlfahrt** zur Geschäftsordnung: Ich kann das natürlich bestätigen, dass wir am Vormittag ausgemacht haben, das funktioniert auch gut. In dem Fall ist es insofern was anderes, weil es aus der Diskussion heraus entsteht. Also es kann nicht sein, dass wir hier nach Diskussion nichts mehr ändern können. Was ich gut verstehe ist, dass eine gewisse Überraschung da ist, ich weiß nicht, ob man einen anderen Antrag vorzieht, dass man das noch einmal in Ruhe anschauen kann, ich will jetzt nicht das aus der Situation heraus ausnutzen, um das geht es überhaupt nicht. Ich bekenne mich voll dazu, dass man diese Anträge, die da sind, vorher kommuniziert, was wir auch immer gemacht haben, das ist jetzt bitte was anderes, was einfach aus der Diskussion, aus den Wortmeldungen heraus entstanden ist. Wenn eine Partei Zeit braucht, dann machen wir eine kurze Sitzungsunterbrechung, ziehen wir einen anderen Antrag noch vor oder sonst irgendwas, aber ich glaube, das sollte schaffbar sein, so weit sind wir schon auch mündig, dass wir über solche Dinge direkt, spontan reden kann.

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Ich darf wiederholen, dass der Antrag, wenn er gestellt wird, dann ist er, dann ist über den Antrag abzustimmen laut Statut. Wie weit interne Regelungen dann verletzt werden oder gut begründet, aber er ist laut Statut jedenfalls abzustimmen. Gut, hätten wir das geklärt. Das heißt, wir stimmen als Erstes über den Abänderungsantrag ab, ich darf ihn nochmals vorlesen, er ist inzwischen auch schriftlich eingereicht worden und zwar: Es ist der Abänderungsantrag, dass die Gewerbe überall dort zu liberalisieren sind, wo keine Gefahr für Leib und Leben besteht.

*Der Abänderungsantrag der Grünen wurde mit Mehrheit (gegen Grüne und Piratenpartei) abgelehnt.*

*Der Antrag wurde mit Mehrheit (gegen Grüne) angenommen.*

*Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 17.55 Uhr den Vorsitz.*

## **6) Abfallvermeidung beim Einkauf statt Marketing-Gag**

GR.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Pavlovec-Meixner** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Pavlovec-Meixner**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste! Bei meinem dringlichen Antrag geht es um ein sehr komplexes Thema, nämlich das Thema Biokunststoffe, Bioplastik. Unsere Stadtssenatsmitglieder haben in der Stadtssenatssitzung am 17. April, also am Freitag

letzter Woche, trotz deutlicher Bedenken seitens Abfallexperten/Abfallexpertinnen beschlossen, die Aktion „Plastiksackerlfreie Bauernmärkte“ der Landwirtschaftskammer Steiermark zu unterstützen. Es geht dabei darum, dass StandlerInnen auf den Märkten Bioplastiksackerl zur Verfügung gestellt bekommen und die Stadt Graz fördert das mit 6.000 Euro. Ich möchte jetzt vorlesen die Stellungnahme des Umweltamtes, nämlich: „Das städtische Umweltamt als Fachabteilung für Belange der Abfallwirtschaft hat mit einigen Anmerkungen aus ökologischer und vor allem abfallwirtschaftlicher Sicht bekräftigt, dass dieses Projekt einen Ansatz in Richtung Bewusstseinsbildung, nicht aber die Lösung der Gesamtproblematik bieten kann und insbesondere darauf aufmerksam gemacht, dass es noch viele offene Fragen gibt, insbesondere was die Verwertungsschiene für Biokunststoffe anlangt.“

Wie schaut die Situation aus? Im Sinne einer ökologischen Kreislaufwirtschaft ist es so, dass in Graz eine landwirtschaftliche Kompostierung durchgeführt wird. Im Unterschied zu einer industriellen Kompostieranlage, wo eine sehr hohe Temperatur erreicht wird und auch eine lange Verweildauer ist, ist es bei der landwirtschaftlichen Kompostierung nicht so, dass 100 % vom Biokunststoff kompostiert wird. Das heißt, was passiert: Sämtliche Biokunststoffe müssen im Nachhinein händisch aussortiert werden. Aus diesem Grund gibt es auch eine Stellungnahme seitens der Holding Graz, die dem Einsatz von Bioplastiksackerl sehr kritisch gegenübersteht und auch darauf hinweist, dass der Kompost eben als Qualitätskompost, als Gartenerde angeboten wird und möglichst frei sein soll von Störstoffen. Übrigens ist es auch so, für alle unter euch, unter Ihnen, die einen Garten haben, dass unter den Bedingungen in einem normalen Komposthaufen keine vollständige Kompostierung erfolgt, auch weil die Temperaturen nicht erreicht werden.

Ein weiterer Grund ist, dass auch sehr schwierig ist für die KonsumentInnen zwischen Bioplastiksäcken und herkömmlichen Plastiksäcken zu unterscheiden, das heißt, auch die Fehlwurfquote in die Biotonnen wird dadurch erhöht und es werden halt vermehrt auch konventionelle Plastiksackerl eingebracht, weil das schwer unterscheidbar ist.

Das ist auch übrigens eine Meinung, die der Abfallwirtschaftsverband Graz-Umgebung unterstützt und letztlich ist es einfach so, dass durch diese Biokunststoffsackerl wieder der Müllberg größer wird, statt zur Abfallvermeidung beizutragen. Vielleicht noch ganz kurz, was passiert, wenn das in den Restmüll kommt? Dann ist es so, dass das einer Verbrennung zugeführt wird und aufgrund spezifischer Bestandteile in den Biokunststoffen kommt es in den Anlagen selbst zu Verklebungen, das ist auch ein Problem, das ist übrigens auch ein Umstand, der auch seitens des Umweltministeriums bestätigt wird (*Der Bürgermeister läutet mit der Ordnungsglocke*). Eigentlich ist das ein spannendes Thema, weil viele von uns Biokunststoffsackerln haben und ich glaube, dass niemand weiß, wie man das genau entsorgen soll, wie auch immer. Es ist so, dass ich damit nicht sagen will, ich möchte schon wertschätzen, dass die Unternehmen sich des Themas annehmen und sich um Biokunststoffe bemühen und ich weiß auch, dass das Thema Plastikberge übrigens in einer sehr sehenswerten Ausstellung momentan im Joanneum zu sehen, nämlich in der Ausstellung „Endstation Meer“ eines ist, das uns alle betrifft, aber an erster Stelle muss jedenfalls das Thema Abfallvermeidung stehen und nur dort, wo das nicht möglich ist, sollte man möglichst umweltschonende Verpackungsmaterialien einsetzen.

Die im Rahmen der Aktion „Plastiksackerlfreie Bauernmärkte“ verteilten Bioplastiksackerln sind aber leicht zu ersetzen, sie sind nämlich relativ groß und können durch Stofftaschen oder Körbe leicht einem Ersatz zugeführt werden. Wir sehen einfach, dass diese Aktion der Landwirtschaftskammer das Problem nicht wirklich anpackt, sondern dass den Konsumentinnen und Konsumenten etwas vorgetäuscht wird und dass hier keine Lösung angeboten wird. Besonders ärgerlich ist es auch, dass die Landwirtschaftskammer der fördergebenden Stelle, nämlich der Abteilung Wirtschaft, zugesagt hatte, zentral das Thema Abfallvermeidung zu kommunizieren. Ich möchte nur kurz zitieren aus den Medienmeldungen, es schaut dann nämlich ganz anders aus, da stehen dann Titel „Plastiksackerln sollen durch umweltfreundliche und abbaubare Biotragetaschen ersetzt werden“ oder „Nach 180 Tagen am Kompost sind die Sackerln vollständig verrottet“ oder „Ziel ist der Ersatz der Plastiksäcke durch

umweltfreundliche zu 100 Prozent biologisch abbaubare Biobags aus Kartoffelstärke“. Es findet kein Hinweis auf Abfallvermeidung statt, es wird nicht darüber informiert, wie problematisch die Kompostierung in der Stadt Graz ist und es wird nicht darauf hingewiesen, dass man durch Einkaufstaschen aus Stoff oder wiederverwendbare Körbe natürlich oder sogar selbst mitgebrachte Gefäße diese Sackerl ersetzen könnte.

Daher stelle ich namens des grünen Gemeinderatsklubs folgenden

### **d r i n g l i c h e n   A n t r a g :**

Der Gemeinderat der Stadt Graz möge beschließen, dass

- 1) die Stadt Graz im Sinne der Abfallvermeidung in Zukunft bei Einkaufsinitiativen nur vielfach wiederverwendbare Sackerln und Taschen, zum Beispiel aus Stoff oder aus Papier, fördert und
  
- 2) die fördergebende Stelle der Stadt Graz die Landwirtschaftskammer auffordern möge, die zugesagte Bewusstseinsbildung und Beratung, betreffend Abfallvermeidung auf den Bauernmärkten, umgehend zu starten.

Ich bitte um Annahme dieses dringlichen Antrages (*Applaus Grüne*).

***Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.***

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch** zum Antrag: Ja, nachdem ich für das Stadtsenatsstück politisch zuständig war, möchte ich einfach gerne ein paar zusätzliche Bemerkungen machen. Weil mir aufgefallen ist, dass diese Förderung hier eher negativ und zum Teil sogar kontraproduktiv dargestellt wird. Ich möchte einfach festhalten erstens, dass die Förderungsansucher sich beim Abfallwirtschaftsverband sehr genau informiert haben

und ich habe auch eine Stellungnahme von der Frau Lisa Hörner, in der durchaus die Probleme, die hier genannt worden sind ebenfalls gesehen werden. Aber umgekehrt eben festgehalten wird, dass umgekehrt die viel größeren Probleme, bekannterweise die Plastiksäcke in der Biotonne, hier weisen wir darauf hin, steht auf den Säcken und den Foldern, dass unsere Säcke als Bioabfallsammelsäcke nachgenutzt und damit den Bioabfall in der braunen Tonne entsorgt werden können. Wenn ich das so zusammenfasse, was die Stellungnahme des Abfallwirtschaftsverbandes, dann ist es so, dass aus Sicht des Verbandes diese Sackerl selbstverständlich einen großen Fortschritt bringen im Vergleich zu den tatsächlichen Plastiksackerln, aber auch aus Sicht des Abfallwirtschaftsverbandes nicht das Ende aller Diskussionen oder sozusagen das Ende der Fahnenstange bei der Verbesserung bezüglich der Plastiksackerl ist. Jedenfalls hat der Abfallwirtschaftsverband diese Förderung durchaus befürwortet und wir haben es dann einmal zurückgezogen den Antrag und auch das Umweltamt eingeschalten und um eine Stellungnahme gebeten, die ist auch gekommen und dann haben wir eben auch vom Umweltamt, die Frau ■■■ hat das Mail bekommen. Vielen Dank für die Übermittlung des Berichtes und Ergänzung mit den zusätzlichen Anmerkungen, die nun auch unsere Sichtweise zur Thematik berücksichtigt wiedergeben. In diesem Sinne ist es nun ein guter Kompromiss und aus unserer Sicht, in Klammer in Absprache mit Dr. Prutsch, gibt es keine Einwände dazu. Also verbessern müssen wir es offensichtlich, die Frage ist, ob, wenn jemand solche Schritte setzt, wir das in Hinkunft nicht mehr fördern sollen, da bin ich mir persönlich irgendwie nicht ganz klar, vor allem dann, wenn eben die gute Entsorgung auch auf den Sackerln oben steht.

StR.<sup>in</sup> **Rücker:** Liebe ZuhörerInnen auf der Tribüne, liebe Gemeinderäte/Gemeinderätinnen, werte Stadtregierung, Herr Bürgermeister! Ich muss mich jetzt als Umweltreferentin doch melden, weil ja das Umweltamt



angesprochen ist. In dem Fall hat es in diesen Tagen, als es um diesen Antrag gegangen ist ein kleines Kommunikationsproblem gegeben, es war im Nachhinein das Umweltamt doch erstaunt über die Interpretation. Aber das will ich jetzt hier nicht weiter erläutern. Ich will die Gelegenheit nutzen, Ihnen einerseits einen Besuch in der jetzt im Naturkundemuseum stattfindenden Ausstellung „Wie kommt das Plastik ins Meer“ sehr ans Herz zu legen. Sie werden dort sehr viele Informationen über das Thema Plastik und unseren Beitrag dazu, wie viel Tonnen jedes Jahr im Meer landen, erfahren. Unter anderem auch die Problematisierung der Bioplastikstoffe und, Gerhard Rüschi, ich möchte noch einmal erläutern, das was erwähnt wird, dass diese Säcke jetzt im Kompost landen, das hat die Kollegin Pavlovec-Meixner noch einmal sehr deutlich erläutert, würde eigentlich eine eigene Sammlungslogistik bedeuten, weil so wie in der Stadt Graz kompostiert wird, das war offensichtlich dem Abfallwirtschaftsverband Graz-Umgebung nicht so klar, wird nicht mit der Temperatur kompostiert, dass tatsächlich ein Abbau erfolgt, sondern es müssen diese Säcke herausgeklaut werden händisch, das ist die Stellungnahme der Holding und das Zweite, was ich hier auch noch sagen will, was ich hier problematisieren will, was gar nicht angesprochen worden ist, es ist Lebensmittelrohstoff, es sind Lebensmittel, aus denen diese Plastiksäcke erzeugt werden. Lebensmittel, wenn wir jetzt nach Niger schauen, wo die nächste Hungerkatastrophe vor der Tür steht, die uns im gesamten Weltkreislauf an anderer Stelle dringend für das Überleben von Menschen fehlen. Deswegen haben wir diesen Antrag gestellt, um für die Zukunft, das ist jetzt passiert, das ist so unterstützt worden, weil hier eben auch ein guter Marketingschmäh dahinter ist, weil man glaubt, Bioplastik statt Plastik ist ein echter Ersatz für die Zukunft, wenn Maßnahmen zum Thema Verpackung gefördert werden, dann bitte auf Mehrwegtaschen, da gibt es die Stofftaschen, da gibt es unendlich viele Möglichkeiten, es gibt die schönsten Körbe oder auch einige Marktstandlbetreiber, die inzwischen auch Papiersäcke hergeben, auch die kann man wunderschön mit Werbelogos usw. bedrucken, also bitte in Zukunft diesem Schmäh bitte nicht aufzusitzen, dass das die Lösung ist und schaut euch die Ausstellung an, die ist übrigens morgen während des Umweltzirkus den ganzen Tag

gratis zugänglich, ist eine wunderschöne, sehr spannende Ausstellung über das Thema Plastik und alle Zusammenhänge und auch darüber gibt es dort viel Information. Herzliche Einladung ins Naturkundemuseum, wo wir diese Ausstellung nach Graz geholt haben, sie ist noch bis Sommer, aber morgen gratis zu besuchen bitte (*Applaus Grüne*).

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Ich mochte gerne nochmals was klarstellen, weil die ÖVP auch für diesen Antrag stimmen wird. Mir ist es darum gegangen, einfach ein bisschen die Berechtigungen, auch die Verteilung der Förderung, die wir im Stadtsenat gehabt haben, hier dazulegen. Ich kann es nur nochmals sagen, dass sich die Antragsteller beim Abfallwirtschaftsverband erkundigt haben, es lag diesem Förderungsansuchen auch eine Stellungnahme des Abfallwirtschaftsverbandes dabei und damit war das, glaube ich, durchaus aus unserer Sicht, aus Sicht der Wirtschaftsabteilung, die für die Landwirtschaft ja auch zuständig ist, förderbar. Wenn es in der Diskussion sich herausstellen sollte, dass man gleich jetzt schon diesen Schritt weitergeht, dann ist mir das selbstverständlich recht. Es ist gut, es soll nicht der Feind des Besseren sein.

GR.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Schleicher**: Werte Kollegen, liebe Andrea! Die Grundintention deines Antrages, eben Bewusstsein zu bilden, darauf aufmerksam zu machen, dass der Müllberg wächst, ist natürlich absolut begrüßenswert und wichtig. Wer Plastics Planet gesehen hat, es ist erschreckend, aber eben nicht jeder kann mit einem sperrigen Korb einkaufen gehen oder auch die erwähnten Papiersackerl sind nicht der Weisheit letzter Schluss oder so ökologisch, wenn man sich die aufwändigen Verfahren und Herstellungsverfahren bedenkt. Die geförderten Bioplastiktragetaschen sind eine gute ökologische Alternative, sicher nicht eben die Endlösung, sondern eine Alternative, es

handelt sich einmal um eine Grazer Firma und die Säcke sind zertifiziert, die Zertifikate hätte ich auch da für dich, Andrea, sie sind eben vollständig biologisch abbaubar, kompostierbar, sie sind aus Kartoffelstärke, die natürlich nichts mit Lebensmitteln zu tun hat, sondern industrielle Kartoffeln sind, die nicht mehr für den Verzehr geeignet sind, sie sind genfrei und ohne Weichmacher, das heißt, sie sind auch wieder verwendbar und natürlich kann man bei zukünftigen Projekten auf Stoffsackerl oder Körbe dann zurückgreifen. Aber die Sackerl sind bis jetzt eine gute ökologische Alternative (*Applaus FPÖ*).

GR.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Pavlovec-Meixner**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist wirklich ein extrem komplexes Thema und wir haben uns auch bemüht im Vorfeld, und das war, glaube ich, schon im Jänner, mit der Erzeugerin dieser Sackerl, ein Gespräch zu führen, es hat dann auch stattgefunden und es hat sich dabei herausgestellt, dass sie nicht wusste, dass wir in Graz eine landwirtschaftliche Kompostierung machen. Und diese Zertifikate, die vorliegen, die beziehen sich auf eine Kompostieranlage. In einer industriellen Kompostieranlage liegen hohe Temperaturen vor und auch eine entsprechende Verweildauer dort findet eine hundertprozentige Kompostierung statt. Wir haben das in Graz nicht, die Holding Graz macht das im Sinne einer Kreislaufwirtschaft in Form einer landwirtschaftlichen Kompostierung, wir haben das System einfach nicht und daher ist es bei uns so, dass das nicht abgebaut wird hundertprozentig. Das sind einfach die Rahmenbedingungen, die wir haben und mir wäre es auch sehr wichtig, dass wir einfach den Menschen auch kommunizieren, was sie eigentlich mit dem Bioplastik und Kunststoffplastik, Biokunststoffen machen sollen, es ist einfach ein Thema, das am Tisch liegt und wo es, glaube ich, auch unsere Unterstützung braucht und ich würde mich sehr freuen, wenn der Inhalt dieses dringlichen Antrages auch eine Mehrheit findet. Danke (*Applaus Grüne*).

***Der Antrag wurde einstimmig angenommen.***

## **7) Verbesserung von Integrations- und Arbeitschancen von jungen Flüchtlingen**

GR.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Polz-Watzenig** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Polz-Watzenig**: Hoher Gemeinderat, liebe KollegInnen, liebe Besucherinnen und Besucher, ganz besonders begrüßen darf ich den Sohn unserer neuen Gemeinderätin Bedrana Ribo, schön, dass du auch da bist und zuschaust am ersten Tag der Mama (*Applaus Grüne*). Es hat gestern eine eindrucksvolle Mahnwache stattgefunden, um der Flüchtlingsopfer, die leider im Mittelmeer ihr Ende gefunden haben, ertrunken sind, zu gedenken. Jeden Tag kommt eine Schreckensmeldung daher und natürlich kann man sich fragen, was kann der Gemeinderat der Stadt Graz dazu tun? Er kann was dazu tun, er kann zum Beispiel Mahnwachen organisieren, aber es gibt auch andere Formen, wo wir uns einbringen können und in diese Richtung möchte ich heute meinen Antrag einbringen. Unsere grüne Kollegin in Salzburg, die Soziallandesrätin Martina Berthold, hat die Thematik aufgegriffen, dass wir im Moment sehr viele Flüchtlinge haben, sprich AsylwerberInnen, die sehr schnell den Anerkennungsstatus bekommen, da sie eben aus Syrien, aus extremen Kriegsgebieten zum Beispiel flüchten und somit innerhalb kürzester Zeit als Flüchtlinge anerkannt werden. Was heißt das? Wenn ein Flüchtling anerkannt wird, er fällt aus der Grundversorgung heraus beziehungsweise sie, steht dem Arbeitsmarkt zur Verfügung, kann theoretisch arbeiten gehen, wenn das aber nicht gelingt, weil eben keine Arbeit vorhanden, weil Sprachkenntnisse etc. fehlen, ist dieser Einstieg oft ein sehr schwieriger. Wir haben heute schon darüber gesprochen, was es mit Menschen macht, arbeitslos zu sein, Sie können sich dann noch einmal vorstellen, was es auch heißt mit

einer unglaublichen Flucht- und Verlust Erfahrung in dieses Land zu kommen, in schrecklicher Angst um die Familie zu sein und dann zwar anerkannt zu sein und dennoch keine Chance zu haben, in dieser Gesellschaft anzudocken und mitzuarbeiten. In Salzburg hat man in Kooperation mit dem BFI Geld in die Hand genommen, um für junge Flüchtlinge Pflichtschulabschlüsse zu ermöglichen, das war ein Schritt, der zweite Schritt ist, dass man sich auch anschaut, was bringen sie für Arbeitserfahrungen mit, Ausbildungen mit, um im Nostrifizierungsverfahren sehr rasch zu schauen, wo können wir die bei unserer Wirtschaft andocken und auch zu schauen, wie kann ich qualifizieren, hier schnell qualifizieren, um dann dort auch gleich einmal in der regionalen Wirtschaft einzusteigen, nämlich in Bereichen einzusteigen, wo auch durchaus Mangelberufe gegeben sind. Es ist so, dass dies auch kein Projekt ist, das auf ewig geschoben wird, sondern konkret fängt es jetzt an und wird noch, ich habe mir das heute gedacht, bevor bei uns der Flächenwidmungsplan beschlossen werden wird, schon abgeschlossen sein, sprich diese Menschen werden einen Pflichtschulabschluss haben und dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen als qualifizierte Arbeitskräfte. Diese Idee möchte ich heute aufgreifen, um hier auch im Petitionsverfahren an den Landesgesetzgeber heranzutreten, etwas Ähnliches auch in der Steiermark zu versuchen und zwar bitte ich deshalb im

### **d r i n g l i c h e n   A n t r a g :**

Der Gemeinderat der Stadt Graz tritt am Petitionsweg an Soziallandesrat Siegfried Schrittwieser, Bildungslandesrat Mag. Michael Schickhofer und Integrationslandesrätin Dr.<sup>in</sup> Bettina Vollath, also eigentlich sehr viele Menschen, die sehr konkret befasst wären theoretisch mit dieser Thematik, heran und fordert die Entwicklung und Umsetzung eines speziell konzipierten Ausbildungsprogrammes zur Nachholung des Pflichtschulabschlusses für anerkannte Flüchtlinge mit dem Ziel, die Integrations- und Arbeitschancen insbesondere von jungen Flüchtlingen in der Steiermark zu verbessern.

Ich weiß, dass die ÖVP hier auch zustimmen wird, dafür bin ich auch sehr dankbar, weil gerade auch die ÖVP hier herinnen immer wieder thematisiert hat, was es bedeutet, keine Zukunftschancen und keine Perspektiven als junger Mensch hier in Graz zu haben. Also in diesem Sinne bitte ich auch alle anderen Fraktionen um eine gute Debatte und um ihre Zustimmung. Danke (*Applaus Grüne*).

***Stadtrat Dipl.-Ing. Dr. Rüscher übernimmt um 17.45 Uhr den Vorsitz.***

GR.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> (FH) **Brenneis** zur Dringlichkeit: Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Dieser gerade präsentierte Antrag ist am vergangenen Dienstag praktisch gleichlautend im Landtag eingebracht worden. Der Antrag ist vom Inhalt her lobenswert, er entbehrt aber der Grundlage der Notwendigkeit, weil seitens des Landes schon im November des vergangenen Jahres die Problematik erkannt und die entsprechenden Initiativen gesetzt worden sind. Mit Organisationen wie Zebra und Caritas wurden Maßnahmen erarbeitet und diese befinden sich bereits in der Umsetzung. Konkret heißt das, Deutschkurse werden verstärkt angeboten, eine Startberatung für anerkannte Flüchtlinge führt ein Screening betreffend Ausbildung, Zugang zum Arbeitsmarkt, Wohnungsmarkt, Rechte und Pflichten durch. In den Quartieren für Asylwerber werden verstärkt Deutschkurse angeboten, Gemeinden, in denen es Quartiere für AsylwerberInnen gibt, werden unterstützt, die ehrenamtlichen Strukturen werden unterstützt und aus dem Screening ergibt sich der Bedarf an Qualifizierungsangeboten wie unter anderem den im Antrag angeführten Pflichtschulabschluss und dafür gibt es die entsprechenden Angebote. Aus diesen genannten Gründen stimmen wir Mandatarinnen und Mandatare der SPÖ der Dringlichkeit und dem Inhalt nicht zu (*Applaus SPÖ*).

GR. **Rajakovics:** Man kann Goethe ständig zitieren, er ist immer passend „Grau, mein Freund, ist alle Theorie, grün ist des Lebens goldener Baum“, das stimmt schon, dass das theoretisch alles angeboten wird, praktisch findet es aber nicht statt. Die Frage ist die, wollen wir, dass Leute einen Schulabschluss machen, dann müssen wir für jene, die schon aus der Schulpflicht heraußen sind, entsprechende Rahmenbedingungen schaffen. In der Regel ist es so, dass es selbst für jene, die über 15 sind und als Asylwerber da sind, auch teilweise für Anerkannte, wenn sie ins Gymnasium gehen und aus dem Asylverfahren rausfallen, nicht einmal mehr die Finanzierung für die Fahrkarte bekommen, dass sie zur Schule kommen, was in Graz kein Problem ist, können mit dem Rad fahren, kann man sagen. Was in Bruck beim Quartier, das irgendwo ist, ein großes Problem ist. Theoretisch sind alle für die Integration, theoretisch finden alle, dass das eine gute Prävention ist, wenn Leute ausgebildet werden, in der Praxis hapert es ein bisschen nämlich... naja bei dem Screening, ob der jetzt wirklich der Hauptschulabschluss, der könnte eh Hilfsarbeiter werden. Da wird halt in Wirklichkeit nicht geschaut, ob es notwendig ist, haben wir heuer schon zu viele genehmigt, weil wenn wir schon zu viele genehmigt haben, dann finden wir einen Grund, warum dem jetzt keinen Abschluss zukommen lassen und die, die keinen Abschluss machen und da bin ich ganz überzeugt davon, die sind genau die, mit denen wir in Zukunft die Probleme haben, die haben wir auch heute schon, wenn jemand, wir brauchen nur herumschauen, wer die Jungen im Volksgarten usw. sind, das sind genau jene, wo man eben gesagt hat, entweder kein Geld, kein Kursangebot, wenn du da nicht dahinter bist, dann funktioniert das Ganze nicht, deshalb werden wir, auch wenn es die guten Absichten schon gibt, wenn es sie gibt, ist es eh schön, dann sollen sie noch verstärkt werden, werden wir dem Antrag zustimmen, weil gerade bei den Jungen ich überzeugt davon bin, dass wir alles tun müssen, damit sie zumindest einmal einen Schulabschluss machen, sonst bringen wir sie nicht in das System hinein. Wobei das natürlich, das möchte ich nur hinzufügen, für alle auch gilt, die Österreicher schon sind, also auch da

soll man jede Möglichkeit nutzen, dass sie einen Hauptschulabschluss einmal machen, damit sie dann in irgendeiner Form einmal vielleicht auch eine Berufsausbildung schaffen. Die haben natürlich ganz andere Rahmen... da gibt es Familienbeihilfe und anderes mehr, das gibt es im Asylwerber-Bereich sowieso nicht, daher ist es eine spezielle Gruppe und daher werden wir auch dem Antrag zustimmen (*Applaus ÖVP*).

GR. Mag. **Sippel**: Es ist ein aktuelles Thema, uns allen sind die Bilder präsent der Tragödie und der Dramen, die sich momentan am Mittelmeer abspielen. Nur Sie gehen es völlig falsch wieder einmal an mit diesem Salzburger Programm, das Sie jetzt auch über die Steiermark ziehen wollen, bringen wollen, schaffen Sie wieder nur ein weiteres Anreizsystem, um zu uns zu kommen. Damit locken Sie weiter Flüchtlinge in die Boote, damit locken Sie weiter die Flüchtlinge dahin, sich in die Hände der Menschenhändler zu begeben. Übrigens 70 % der Flüchtlinge sind Wirtschaftsflüchtlinge, das muss man auch an diesem Punkt ansprechen und damit machen Sie sich mitschuldig an diesem Drama, indem Sie eben auch wirklich da diese Signale aussenden, die die Leute, die die Flüchtlinge aus diesen bedauernswerten Situationen heraus dazu bringen, sich eben solchen Schlepperbanden auch hinzugeben. Und das ist eben der große Fehler, das geht natürlich jetzt gut, indem man sozusagen die Mitleidsmasche spielt und auch die Schuld sozusagen auf sich nimmt und sagt, die Europäer sind an allem Schuld, wir sind schuld an den Verhältnissen am ganzen afrikanischen Kontinent, wir sind schuld an der Situation in den Bürgerkriegsgebieten usw. das ist natürlich einfach und das geht vielleicht bei dem einen oder anderen in dieser Situation auch hinein. Faktum ist, dass man das Problem bei der Wurzel packen muss, das Problem auch ganzheitlich betrachten muss und das tun Sie nicht. Auch mit diesem Antrag nicht. Denn dann würden Sie auch andere Fragen stellen, nämlich ich hätte da viele Fragen auch, die man stellen könnte, die auch von dem einen oder anderen Journalisten angesprochen werden würden. Würde sich zum



Beispiel auch die Frage stellen, wer sind die Organisationen, wer sind die Netzwerke, wer sind die Profiteure dieser Flüchtlingstragödie, diese Netzwerke, die hier gutes Geld verdienen, die hier sozusagen das größte kriminelle Reisebüro der Welt aufgezogen haben, wo es eigene Substrukturen gibt, wo Akquisiteure unterwegs sind, von Haus zu Haus ziehen, Mundpropaganda betreiben und sagen Europa ist das Paradies, dort gibt es Taschen voller Geld, dort gibt es Häuser, dort gibt es Autos, dort gibt es Essen ohne Ende, das sind die Wahrheiten, die man ansprechen muss, das ist ein Geschäftszweig geworden, wo drei bis zehn Milliarden Dollar jährlich umgesetzt werden und da muss man ansetzen, das muss man bekämpfen (*Applaus FPÖ*) und diese Erkenntnis sollte man einmal auch gewinnen und nicht dann, wenn die Probleme bei uns sind, dann auch versuchen von Österreich aus die ganze Welt zu retten, das wird nicht funktionieren. Da passiert nämlich nur eines, dass sie das System, das soziale Sicherungssystem, das wir haben in Wirklichkeit, dass sie das destabilisieren, nichts anderes ist das, unser System verkraftet nicht weitere Flüchtlinge, wir haben Probleme zur Genüge auch jetzt schon und in weiterer Folge kommt es ja dann nicht nur zu einer finanziellen Angelegenheit, sondern auch dazu, dass das natürlich gesellschaftlich schwierig ist, weil jeden Tag kann man lesen in der Zeitung, dass es wieder ethnisch importierte Konflikte zwischen Asylanten gibt und das sind einfach die Dinge, die auch anzusprechen sind. Gleichzeitig ist anzusprechen, dass natürlich in Zeiten einer Rekordarbeitslosigkeit bei uns das schwer argumentierbar sein wird gegenüber der Bevölkerung, dass...

***Zwischenruf GR. Rajakovics unverständlich.***

GR. Mag. **Sippel**: Hast du das Programm? Hast du den Antrag gelesen, Thomas? Da steht sehr wohl drinnen, dass es darum geht, Asylwerber auch entsprechend vorzubereiten für den Arbeitsmarkt, sie zuerst einmal auszubilden klarerweise und dann sie vorzubereiten auf den Arbeitsmarkt. Asylwerber, wir reden nicht von anerkannten Asylanträgen, wir reden von Asylwerbern und das ist der völlig falsche Weg, das ist ein Anreizsystem, das da geschaffen wird, das wir auf diesem Weg nicht wollen.

*Zwischenruf GR.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> Polz-Watzenig: Da geht es um Flüchtlinge.*

Gr. Mag. **Sippel**: Und abschließend möchte ich nur noch dazu sagen, dass wir auch von Graz heraus, es ist ein Thema, das natürlich jetzt nicht von Graz aus gelöst werden kann, aber auch von Graz heraus die Signale setzen wollen und diesen Diskussionen auf europäischer Ebene anschließen sollten. Was sind die richtigen Maßnahmen, die man treffen kann. Ja, das sind Asylaufanglager in Nordafrika beispielsweise, das ist die beinharte Bekämpfung des Schlepperunwesens und es ist auch der Druck, der ausgeübt gehört, ich weiß schon, das sind reiche Länder, das sind Ölländer, das ist auch der Druck, der ausgeübt werden sollte auf die muslimischen Länder, auf die steinreichen Länder wie Saudi Arabien, wie Kuwait, das hat auch der Henry Broda gestern so kommentiert, weil da ist es dann relativ schnell vorbei mit der muslimischen Solidarität, die ist immer nur da dran, wenn es darum geht, gegenüber irgendwelchen Beleidigungen von Mohamed aufzustehen, da gibt es muslimische Solidarität, wenn es darum geht, Flüchtlinge aufzunehmen, da hört man nichts davon. Da müsste sich Europa auch einmal stark machen und entsprechend Gespräche suchen (*Applaus FPÖ*).

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Herr Klubobmann, weit über die Zeit.

GR. Mag. **Sippel**: Du hast auch vier Minuten überzogen, ich möchte einen Schlusssatz sagen. Eine Möglichkeit wäre, lernen wir von Australien. Australien hat es so gemacht, sie haben die Grenzen dicht gemacht, sie haben gesagt, wissen Sie, wieviel Tote es in den Meeren von Australien seit Einführung dieser Kampagne gegeben hat, keinen einzigen. Wissen Sie, wie viele Tote es in Europa in diesem Jahr allein 2015 gegeben hat, über 1.700, also das heißt, das Fazit daraus kann nur sein, offene Grenzen töten, deswegen entsprechend hier auch Maßnahmen treffen, sich hier der Diskussion, die bereits geführt wird, anschließen und auch von Graz aus in diese Richtung wirken. Danke (*Applaus FPÖ*).

***Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen SPÖ und FPÖ) angenommen.***

GR.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Marak-Fischer** zum Antrag: Hohe Mitglieder der Regierung, liebe Kollegen und Kolleginnen, geschätzte Zuhörer und Zuhörerinnen! Wir haben der Dringlichkeit nicht zugestimmt, meine Kollegin hat es auch schon ausgeführt, weil diese Dinge auf Landesebene bereits in Ausarbeitung sind, das Zweite ist, dass diese Petition, wenn sie jetzt in den Petitionsausschuss des Lands kommt und dann die Wahlen sind und sich der Landtag neu konstituiert, dann wäre es auch gar nicht notwendig, den jetzt zu machen. Das heißt, wenn dann wäre der Zeitpunkt ein späterer geeigneter und nicht jetzt. Ist also völlig falscher Zeitpunkt, ist im Prinzip Papier, das wir für die Rundablage im Landtag produzieren. Was jetzt, nachdem offensichtlich diese Meinung nicht mehrheitsfähig im Gemeinderat ist und die Dringlichkeit schon beschlossen ist, inhaltlich sind wir natürlich der Meinung, sonst würde es auf Landesebene von SPÖ-Politikern und Politikerinnen ja auch nicht umgesetzt werden. Inhaltlich sind wir selbstverständlich der Meinung, dass Integrationsmaßnahmen, die vor allem mit

Bildung einhergehen, zu begrüßen sind, notwendig sind, bei jungen Leuten notwendig sind und werden dem Inhalt daher auch zustimmen (*Applaus SPÖ*).

StR.<sup>in</sup> **Rücker**: Zum puren Zynismus der FPÖ möchte ich jetzt nicht viel sagen, den einen Begriff „Reisebüro“ möchte ich mir trotzdem noch einmal kurz auf der Zunge zergehen lassen. Reisebüro bedeutet ja, dass jemand sagt, ich will eine Reise machen und dann wende ich mich an ein Reisebüro. Ich teile die Einschätzung, dass Schlepper ärgste Verbrecher sind, die die Not von Menschen ausnutzen, da sind wir uns hier alle einig, aber ein Reisebüro auf der anderen Seite so in den Raum zu stellen bedeutet, dass man so tut, als würden Menschen, die auf die Flucht sich begeben, einfach sagen, ah, wo ist es nett und wo würde es mir denn gefallen, ich gehe zum Reisebüro und werfe mich oder ich gebe gerne ein Geld an einen Schlepper, damit ich da in ein morsches Boot steige und dann jämmerlich ersaufe. Die Menschen, die flüchten, flüchten nicht, weil sie sich mehr Sonnenschein auf den Bauch scheinen lassen wollen, so wie wir auf Urlaub fahren, ich möchte das einfach nur einmal so stehen lassen, es ist einfach purer Zynismus, wie ihr argumentiert. Ich möchte zur Sozialdemokratie kommen. Die Antragstellung im Land war ja begleitet von einer Null-Wortmeldung von Seiten der Sozialdemokratie, das war schon sehr bezeichnend, dass es offensichtlich kein Thema ist und ich erinnere mich, es gab eine sehr späte Reaktion in Österreich, als die starken Fluchtbewegungen aus Syrien begonnen haben und in der Zeit, als die ersten massiven... als das Thema da war, wie wir die Flüchtlinge in den Bundesländern unterbringen, habe ich dann einmal mit einem hochrangigen Caritas-Mitarbeiter gesprochen. Steiermark, wie schaut es aus, wie geht es euch und der hat mir sehr deutlich gesagt, die Landesebene, auch der Bund, da muss man beide Parteien, SPÖ und ÖVP in dem Bereich, die beide zuständig sind, aber er hat da ganz spezifisch das Land gemeint, war nicht vorbereitet. Vollkommenes Chaos, es hat ewig lang gedauert, bis endlich realisiert wurde, wo wir jetzt schon seit zwei Jahren, zweieinhalb Jahren

einen furchtbaren Krieg in Syrien beobachten, wo klar war, dass irgendwann diese Flüchtlinge nicht nur in den tausendfachen Lagern vor Ort sind, sondern irgendwann nach Europa kommen. Es hat Untätigkeit gegeben auf dem Land bis vor ganz kurzer Zeit. Jetzt ist einiges los, es passiert einiges, aber immer noch nicht genug und letztendlich geht es hier darum, ein Problem möglichst schnell und mit gemeinsamer Kraftanstrengung sehr effizient in den Griff zu bekommen und das ist einfach, die Möglichkeit zu bieten für Flüchtlinge, nicht für Asylwerber, sondern für anerkannte Flüchtlinge, einen Zugang zur Schulbildung und zu einem Abschluss zu bringen und da enttäuscht es mich schon schwer, dass die Sozialdemokratie sich einfach da zurücknimmt und nicht sagt, ok, Schulabschluss jetzt, wann, wenn nicht jetzt (*Applaus Grüne*).

GR.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Polz-Watzenig**: Vielen Dank für die verschiedenen Beiträge, für die meisten Beiträge, bei einem fällt es mir immer schwer, mich zu bedanken. Folgendes, Alexandra, wenn du sagst, der Petitionsausschuss ist problematisch, dann frage ich mich, wie du demokratische Spielregeln innerhalb eines Gemeinderates definierst. Wir haben diesen Antrag als Entschließungsantrag im Landtag eingebracht, wie die Kollegin Brenneis es zu Recht gesagt hat....

***Zwischenruf GR.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> Marak-Fischer: Es gehört zur Demokratie, dass es Wahlen gibt. Und derzeit ist das so.***

GR.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Polz-Watzenig**: Aber ich habe das volle Vertrauen, dass es dann einen Petitionsausschuss geben wird, wo gearbeitet wird. Also vielleicht unterscheidet uns das, aber wurscht. Zur Kollegin Brenneis, es ist so, dass wir gemeinsam, Sabine Jungwirth und ich, diese Strategie auch vorbereitet haben, wir diesen Entschließungsantrag dort eingebracht haben, weil wir das für sehr sinnvoll gefunden hätten. Leider ist es so, dass dort es zu keiner Wortmeldung gekommen ist und die SPÖ das einfach weggestimmt hat, diesen Arbeitsantrag nicht einmal diskutieren wollte, das ist leider auch die Situation, die wir im Moment haben. Wenn beschrieben wird, was jetzt alles getan wird, Gott sei Dank wird ein bisschen mehr getan, als es bisher war. Es ist auch drastischer, wie es zuletzt war und es ist notwendig. Aber wenn dann alles durcheinander geschmissen wird vom Kollegen Sippel, ich weiß nicht, wie oft ich Ihnen schon erklärt habe, was ein Flüchtling ist und dass es einen Unterschied zwischen Flüchtling und Asylwerber gibt. Vielleicht solltet ihr eine weitere Fortbildung an der Universität machen, dann habe ich die Hoffnung, dass Sie nicht immer alles durcheinander werfen, wenn Sie da herinnen sind. Ich spreche von einem Rechtsanspruch als anerkannter Flüchtling. Diese haben auch das Recht zu arbeiten und wir brauchen nicht so tun, als würden wir ihnen als Almosen eine Arbeit geben. Ich spreche von Qualifizierung, es ist nämlich dann so, dass man eine Arbeit erhält, wenn man dafür qualifiziert ist. Dass wir im Bereich, was der Thomas auch gesagt hat, im Pflichtschulbereich wahnsinnig viel Arbeitslose haben, die keinen Pflichtschulabschluss haben, dass die meisten Arbeitslosen, die wir haben, im Hilfsarbeiterbereich sind, im niederqualifizierten Bereich sind, da haben wir alle was zu tun auch in Österreich. Da wird auch ganz viel getan, das brauchen wir nicht immer alles vermischen, es geht jetzt einmal konkret darum, hier etwas zu tun. Ich habe ein Problem damit, wenn gestern am Südtirolerplatz salbungsvolle Reden gehalten werden und dann eine SPÖ sich aber zurückziehen möchte und im Letzten dann vielleicht doch mitgeht mit dem Inhalt, aber eben nur salbungsvoll gesprochen wird, anstatt man wirklich sagt, was kann ich konkret tun (*Applaus Grüne*).

**Zwischenruf GR.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> Marak-Fischer: Moment, es gibt einen Unterschied zwischen Dringlichkeit und Inhalt.**

GR.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Polz-Watzenig**: Ich freue mich, dass ihr beim Inhalt jetzt mitgeht. Es ist so, er wäre auch ohne euch durchgegangen, trotzdem herzlichen Dank, dass auch die Sozialdemokratie eingelenkt hat. Meine dringende Bitte wäre, in diesem zukünftigen Petitionsausschuss auch eure Mitglieder dazu zu ermuntern, sich des Themas anzunehmen. Wie ihr wisst, ist es so, dass im Petitionsausschuss es die Mehrheit braucht, damit es behandelt wird, ich hoffe, dass die KollegInnen der Fraktionen, dass ihr mit denen sprecht, auch mit den zukünftigen Gewählten, damit im Zuge dessen auch etwas passieren wird. Und dass die Situation in Österreich im Moment so ist, also wenn ich denke, wie das im Bosnienkrieg war und wie dort die Hilfsbereitschaft bei uns war und wie wenig Hilfsbereitschaft wir jetzt leider auch in vielen Bereichen haben, hat auch ganz viel mit Angstmache zu tun, mit der Angstmache in alle Richtungen, dass für uns nicht genug da ist, jeden Tag wird uns erklärt, was im Hypo-Ausschuss noch für Gräber drohen. Dieses Geld, das ihr in Kärnten versenkt habt, liebe FPÖ, da könnten wir unglaublich viele Maßnahmen machen. Danke (*Applaus Grüne*).

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: War das Schlusswort, es gibt den Wunsch einer Berichtigung.

Bgm.-Stv.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> Dr.<sup>in</sup> **Schröck**: Liebe Astrid Polz-Watzenig, es ist nicht richtig, was du über den Petitionsausschuss des Landes sagst, das ist nämlich so, dass alle Petitionen, die dorthin kommen, selbstverständlich behandelt werden und das nicht abgestimmt

wird, sondern sie gehen dann meistens an die Landesregierung zur Stellungnahme und alle Petitionen werden nicht im Landtag behandelt. Das ist immer schon so, die werden nicht im Landtag behandelt und insofern ist die Frage, was mit den Petitionen passiert. Wenn wir die rüberschicken, werden die im Ausschuss behandelt beziehungsweise werden an die Landesregierung zur Stellungnahme weitergeleitet, kommen dann wieder in den Petitionsausschuss und dann ist Schluss. Die kommen nie in den Landtag und das ist keine Idee von mir oder eine Börsartigkeit der Sozialdemokratie, das ist die Geschäftsordnung des Landtages Steiermark (*Applaus SPÖ*).

***Der Antrag wurde mit Mehrheit (gegen FPÖ) angenommen.***

***Bgm.-Stv.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> Dr.<sup>in</sup> Schröck übernimmt um 18.10 Uhr den Vorsitz.***

## **8) Mobilitätskarte Graz**

GR. **Pacanda** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Pacanda**: Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer, hoher Gemeinderat! Wenn man sich die Mobilitätsstrategien der Stadt Graz 2020 durchliest, liest man da drinnen, wir wollen den ÖV-Anteil erhöhen, wir wollen den Radfahranteil erhöhen, wir wollen den Besetzungsgrad von Pkws verbessern und wir wollen in Summe die Wege, die Kfz-Wege in Graz reduzieren. Alle Maßnahmen, die natürlich auch in Richtung einer Feinstaubreduktion gehen, die eigentlich, das läuft so unter dem Motto des multimodalen Verkehrskonzeptes das beschreiben. Wenn man in Graz versucht, eine



Strecke mit verschiedenen Verkehrsmitteln hinter sich zu bringen am Beispiel, ich fahre mit dem Fahrrad bis zur Endhaltestelle, stelle mein Fahrrad an der Endhaltestelle Straßenbahn ab, fahre mit der Straßenbahn in die Stadt Graz hinein, möchte mir in der Stadt Graz herinnen spontan zum Beispiel ein Elektrofahrrad oder ein normales Fahrrad ausleihen, mit dem Elektrofahrrad durch die Grazer Innenstadt fahren, diese dann, keine Ahnung, bis zu einer weiteren Endhaltestelle, stelle mein Fahrrad dort wieder ab, fahre mit der Straßenbahn hinein, komme auf die glorreiche Idee, ich müsste eigentlich noch etwas einkaufen und brauche jetzt irgendwie spontan ein Auto, leihe mir dann vielleicht irgendwo ein Elektrofahrzeug, ein Elektroauto oder E-Car-Sharing-Auto aus, fahre mit dem Fahrzeug nach Hause und bringe meiner Frau, meiner Freundin, meinem Ehemann, wie auch immer, die ganzen Nahrungsmittel nach Hause und kann mein Fahrzeug wieder dann dementsprechend an der Endhaltestelle abstellen.

***Zwischenruf unverständlich.***

GR. **Pacanda:** Ich versuche es regelmäßig, wer das versuchen möchte, wird wahrscheinlich verzweifeln, weil er wahrscheinlich alleine schon beim Prozess des Fahrradausleihens nachher dann scheitern würde oder der Prozess zu lange dauert. Ist einer SmartCity wie Graz, glaube ich, nicht gerecht, wenn man sich eine andere Stadt wie Wien anschaut, es funktioniert zwar noch nicht ideal in Wien, aber wir könnten da auch sicher Besseres leisten als Wien. In Wien gibt es das Beispiel einer Mobilitätskarte oder die Ansätze dazu, wo man eben wirklich mit einer Karte, so ähnlich dieser Jahreskarte, plus einer Aufzahlung von einem Euro pro Monat, dementsprechende Mehrleistungen in der Stadt Graz nutzen kann beziehungsweise in dem Fall halt Wien.

Das heißt, einerseits Vergünstigungen werden hier denkbar oder eben auch einfach sich ein Rad auszuleihen, einfach sich ein Car-Sharing-Auto, Elektroauto auszuleihen. Dies würde dementsprechend einfach einer Stadt der kurzen Wege, denke ich mir, gerecht werden. Die einen oder anderen, die den Antrag gesehen haben, ich habe auch ein Beispiel für eine Mobilitätskarte gezeichnet, wie das möglicherweise ausschauen könnte mit den verschiedenen Fahrzeugen und gleich einen Prämiennutzer da hier eingetragen.

Dementsprechend folgender

### **dringlicher Antrag:**

Der Grazer Gemeinderat möge beschließen:

Die zuständigen Abteilungen werden ersucht, gemeinsam mit den betroffenen Unternehmen des Hauses Graz zu prüfen, wie eine Umsetzung einer Mobilitätskarte Graz, wie im Motivenbericht beschrieben, ab dem Jahr 2016 erreicht werden kann.

Den zuständigen Ausschüssen ist darüber Bericht zu erstatten und ein entsprechendes Beschlussstück zur nächstmöglichen Sitzung vorzubereiten.

GR. **Dreisiebner** zur Dringlichkeit: Eigentlich wollte ich nur rausgehen, um auszuführen, dass ich gegen die Dringlichkeit bin. Jetzt überlege ich mir, ob ich nicht einen Abänderer mache, nämlich Mobilitätsberatung für Philip Pacanda, weil der stressige Tagesablauf und diese vielen kurzen, zugegebenermaßen scheinbar kurzen Wege, aber so viele, das schreit nach Mobilitätsberatung. Zum Ernst zurück. Wie bei seinem Mobilitätsbeispiel, das ist nicht die Stadt der kurzen Wege, das ist dann einfach 2040 oder noch mehr, sondern dass man sich das natürlich auch gut plant, auch die dementsprechende

Infrastrukturen vorhanden sind und nicht spontan dann da oder dort einkauft, sondern das möglichst auch bei sich zu Hause in der Nähe erledigen kann, auch zu den Zeiten, wo man das leisten kann, erledigen kann. Zugegebenermaßen, es hat schon das eine oder andere, aber auch hier ist Philip Pacanda aus unserer Einschätzung heraus schon wieder mit dem zweiten Fuß zuerst gehüpft, bevor er den ersten Fuß in Bewegung gesetzt hat. Er schreibt ja auch selbst, dass man in Graz, wenn die Mobilitätskarte mit oder ohne dem Foto drauf eingeführt werden würde, dass man dann die diversen Verleihmöglichkeiten für E-Card, Car-Sharing etc. schaffen könnte. Wir meinen, das sollte man umgekehrt angehen. Zuerst die entsprechenden multimodalen Angebote ausbauen und dann, ähnlich wie in Wien, die Stadt ist auch bekanntlich um einiges größer als Graz, dieser Karte näherzutreten. Aber quasi ein Kartenangebot zu schaffen, für das es noch nicht die Hardware gibt, sprich die Software vor der Hardware zu verkaufen, das ist irgendwie nicht der Weg, den wir mitgehen wollen. Folglich keine Dringlichkeit. Vielleicht nächstes Jahr oder übernächstes Jahr (*Applaus Grüne*).

**GR. Luttenberger:** Liebe Kolleginnen und Kollegen! Seitens unserer Fraktion geben wir dem schon die Dringlichkeit, aber ich sage dazu zu Philip, nachdem er ja auch mein Studienkollege war und ist, wie ich mir sein Beispiel durchgelesen habe, sind mir spontan ein/zwei Sachen oder drei Sachen durch den Kopf gegangen. Das Erste ist, also angenommen, ich fahre schnell um 9.00 Uhr weg und möchte ein Essen kochen und wenn ich das alles dann so erdulden muss und bis ich dann wieder zu Hause bin, dann sind wir statt dem Mittagessen beim Abendessen angelangt und das kann ja doch nicht ganz im Sinne sein. Dann ist mir gleichzeitig eingefallen, also da würde sich ein neues Berufsbild ergeben, nämlich das des City-Logistikers, weil das erfordert ja wirklich eine große Planung sozusagen, das alles in den Griff zu kriegen. Bitte das ist ironisch gemeint, ihr schaut so ernst, ihr könnt ruhig ein bisschen schmunzeln. Und da muss ich natürlich sarkastisch zum Schluss sagen, also wie ich mir das dann durchgelesen habe,

habe ich mir gedacht, naja, es gibt zwei Möglichkeiten, also entweder nehme ich mir ein Taxi und lasse das die ganze Zeit für mich fahren, damit ich meine Sachen erledigen kann oder ich werde mich doch aufraffen, den Führerschein zu machen, denn manche Sachen sind doch schneller höchstwahrscheinlich mit einem eigenen Fahrzeug, als wenn man das so macht. Aber Spaß beiseite, natürlich ist das nicht der Sinn des Antrages, dass ich den Führerschein mache, aber es gehören eben viele Dinge überlegt und das ändert aber nichts daran, dass das durchaus eine dringliche Sache ist und dringlich heißt ja auch deshalb, dass man gemeinsam überlegen, hier voranzukommen. Ob das jetzt das Car- Sharing ist, weil da könnte man auch diskutieren, wie viele Sharing-Geschichten gibt es in Graz. Also ich würde meinen, das ist mehr als ausbaufähig und über andere Sachen wäre ja auch nachzudenken. Lange Rede kurzer Sinn, Philip, du musst noch bauen an deinem Meisterwerk, aber die Dringlichkeit jetzt hast einmal von uns (*Applaus KPÖ*).

GR. **Haberler**: Eine tolle Idee. Findet die volle Unterstützung von der Volkspartei. Ich möchte nur darauf hinweisen, dass die Holding das mittlerweile schon vorbereitet. Also genau das, wird so Kombino wird das heißen, das ist alles in Arbeit. Deswegen gibt es auch von uns heute die Unterstützung, weil es einfach schön ist, wenn da noch wer mitaufspringt. Geplant ist sogar eventuell, dass ein Freizeitangebot dazukommt, also nicht nur Verkehr, sondern auch eventuell die Bäder usw. Also dass man da das eingliedert in diese Karte. Danke, deswegen gibt es die Zustimmung (*Applaus ÖVP*).

***Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen Grüne) angenommen.***

***Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 18.15 Uhr den Vorsitz.***

GR. **Pacanda:** Ein kurzes Schlusswort. Erstens finde ich es super, wenn unsere Ideen so schnell umgesetzt werden und das Zweite muss ich aber zum Karl sagen. Herr Dreisiebner, ganz kurz, ich habe jahrelang die ganze Thematik E-Mobility verfolgt, ich bin bei jeder E-Mobility-Messe gewesen in ganz Österreich, das war mein komplett privates Steckenpferd. Weißt, was das riesengrößte Problem bei der ganzen Thematik war? Huhn, Henne, Ei. Der Autohersteller hat gesagt, nein, wir bauen keine Autos, weil es gibt keine Steckdosen. Der Steckdosenhersteller hat gesagt, nein, wir bauen keine Steckdosen, weil kein Stromlieferant einen dementsprechenden Vertrag macht und genau das ist das Problem, glaube ich. Genau bei dem Thema auch und daher können wir eigentlich mit der Karte im Endeffekt derjenige sagen, wir haben Nutzer, die das haben wollen, die das verwenden würden, kommt her und brauchen wir nicht schwarzen Peter sozusagen einem Car-Sharing-Betrieb zuschieben und sagen, die sollen zuerst einmal kommen und dann machen wir die Karte. Also ich glaube, wir machen den richtigen Schritt, wenn wir zuerst die Karte machen, das Angebot breit mit verschiedensten zusätzlichen Angeboten umso besser kombinieren und dann schauen wir, welche Unternehmen wir da ins Boot reinholen können, einerseits Vergünstigungen und einfach wirklich ein gutes Konzept gemeinsam zu erstellen. Dankeschön.

*Der Antrag wurde einstimmig angenommen.*